

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Nr. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Delahardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsangelegenheiten 15 Pfg.

Eine falsche Behauptung.

Durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse und der — Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsblätter, worunter natürlich auch „Die Eiche“ nicht fehlen darf, geht immer wieder die falsche Behauptung, der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes habe sich bei den Vertragsverhandlungen in Berlin dafür verpflichtet müssen, daß nach Ablauf des jetzt vereinbarten Vertrags keine neuen Forderungen in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung gestellt werden.

Wir haben bereits an mehrere Redaktionen eine Berichtigung des Inhaltes gesandt, daß diese Behauptung in vollem Umfang unrichtig ist, da weder eine solche noch eine ähnliche Verpflichtung von uns eingegangen wurde.

Allerdings haben die Arbeitgeber versucht, uns eine solche Verpflichtung aufzuerlegen, und gerade dieses Verlangen war es, welches die Friedensverhandlungen kurz vor ihrem Abschluß nochmals zum Scheitern zu bringen drohte, weil unsere Vertreter die Zumutung selbstverständlich kategorisch ablehnten. Erst durch die Preisgabe dieser für uns unannehmbaren Forderung seitens der Arbeitgeber konnten die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden.

Es muß hiernach auffallen, wie die falsche Behauptung in die Presse gelangen konnte. Da sie nun obendrein immer aufs neue verbreitet wird, sehen wir uns zu ihrer Richtigstellung auch an dieser Stelle genötigt.

Stuttgart, 25. Mai 1907.

Der Verbandsvorstand.

Vom großen Niederreiten.

Der soeben beendete Kampf in der Holzindustrie war auch bedeutungsvoll für die politische Arbeiterbewegung. Ist es doch der erste größere Wirtschaftskampf, der in Deutschland nach den Reichstagswahlen geführt wurde; für die Unternehmer lag deshalb die Versuchung nahe, nach dem „Niederreiten“ der Sozialdemokratie am 25. Januar nunmehr auch ein Niederreiten der gewerkschaftlichen Bewegung zu arrangieren. Die Unternehmerorganisationen haben ja von jeher den Kampf gegen die Sozialdemokratie in all und jeder Form als ihren obersten Grundsatz aufgestellt; diesem Grundsatz hatten sie auch bei den letzten Reichstagswahlen Geltung verschafft.

Selbstverständlich hatte sich auch der Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe kräftig an diesem Kesseltreiben gegen die Sozialdemokratie beteiligt. Brachte doch die „Fachszeitung“, sein offizielles Organ, einen Wahlauf Ruf, der auf die Parole „Gegen die Sozialdemokratie!“ gestimmt war. Denn: „Wie oft hat man nicht von ihnen (den sozialdemokratischen) Führern hören können, daß dem Klein- gewerbe nicht zu helfen sei und daß es, je eher, je besser, beseitigt werde! Durch eine fortgesetzte Verheerung der Gesellen und Arbeiter hat man es dahin gebracht, daß die friedliche Entwicklung in unserem Gewerbe verschmunden ist und daß Lohnbewegungen, Streiks und Boykotts ohne Ende und die schlimmsten Schäden zufügen. Jede Stärkung dieser Partei bedeutet eine weitere Gefährdung des selbständigen Handwerks, wird neue Belastungen für den einzelnen nach sich ziehen, die er nicht mehr tragen kann...“

Natürlich fehlte es auch nicht an einer Mißanwendung der Parole „Gegen die Sozialdemokratie!“ auf die Aus- sperrung in der Holzindustrie. Was das ganze Holzgewerbe von dieser Partei zu erwarten hätte und schon jetzt ertragen mußte, „die angeblich die Freiheit und noch sonst viele schöne Dinge vertritt, in Wirklichkeit aber eine Vertreterin des Zwanges, der Meinungsstärkung und des unerbitt- lichsten Terrorismus darstellt!“ — das brauche die „Fachs- zeitung“ ihren Lesern nicht weiter darzulegen. „Sie wissen es selber am besten und haben es genugsam am eigenen Leibe gespürt. Gerade jetzt eben (zur Aus- sperrung) haben wir ja ein schlagendes Beispiel, wie sich ein großes Gewerbe mit Aufbietung aller Kraft gegen un- erfüllbare Forderungen wehren muß, und wie dabei viele besonnene Arbeiter, die am liebsten in Frieden auf Grund eines neu abzuschließenden Vertrags im großen und ganzen unter den alten Bedingungen weiter gearbeitet hätten, von den Schreibern und Hekern, die das große Wort führen dürfen, in einen harten und gerade für sie drückenden Kampf hineingezwungen worden sind.“ Deshalb die Parole auch der „Fachszeitung“: „Gegen die Sozialdemokratie!“

Triumphierend wurde dann 14 Tage später über den Ausgang der Wahlen vom 25. Januar, „dem großen Volks-

gericht über die Sozialdemokratie“, berichtet, und daraus wiederum die nötige Mißanwendung auch für die Holz- arbeiterausperrung gezogen. Jetzt sollte das große Nieder- reiten auch der Gewerkschaften beginnen, und mit dem Holz- arbeiterverband sollte zunächst der Anfang gemacht werden. Besonders in den Versammlungen der Unternehmer wurde immer wieder auf den Erfolg der Scharfmacher über die Sozialdemokratie am 25. Januar hingewiesen und aufgefordert, diesen durch die Niederrichtung des Deutschen Holzarbeiter- verbandes zu einem vollständigen zu machen. Kein Zweifel, bei der Durchführung der Aussperrung gegen die Holzarbeiter- schaft spielten auch politische Gesichtspunkte eine große Rolle.

Erklärte doch die „Abblische Zeitung“ noch am 8. April: „Die Entschlossenheit, womit die Arbeitgeber in Berlin die Aussperrung vollzogen und mit der die genannten elf Städte den Solidaritätsvertrag mit Berlin gekündigt haben, beweist deutlich, daß der Selbsterhaltungstrieb im Tischler- handwerk erstarkt und in die richtige Bahn gelenkt ist. Man kann feststellen, daß in den Angehörigen dieses Standes auch das Verständnis dafür erwacht ist, daß sie bei diesem Kampfe die Aufgabe haben, die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zu ver- größern. Wer den Versammlungen der kämpfenden Tischlermeister beigewohnt hat, kann wenigstens nicht im Zweifel darüber sein, daß es auch diese politischen Gesichtspunkte sind, die ihnen den Willen zum Siege erweckt haben.“

In diesem Sinne hat sich die bürgerliche Presse mit wenigen Ausnahmen bei Beurteilung des Kampfes in der Holzindustrie ausgesprochen, am deutlichsten die „Deutsche Zeitung“ des alldeutsch-scharfmacherischen Klopfflechters Dr. Bangen in Berlin, die in einem „Kampf bis aufs Messer in der Holzindustrie“ überschriebenen Artikel wörtlich sagte:

„Die Arbeitgeber haben den Terrorismus der Sozial- demokratie satt und sind entschlossen, zu fechten. Es wird ein Kampf bis aufs Messer werden, von dessen Ausgang außerordentlich viel abhängen wird, nicht nur für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Macht- faktoren der eigenen Industrie, sondern für den gesamten Kampf gegen den wirtschaftlichen und letzten Endes — politischen Terrorismus der Sozialdemokratie. Man ist auf Seiten der Arbeitgeber gut gerüstet, hat sich nicht nur mit den Arbeitgebervereinigungen der Holzindustrie verständigt, sondern auch mit den Verbänden des Bau- gewerbes und vor allem der Metallindustrie. Das Ziel ist die Niederwerfung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Die Mißanwendung auf weitere sozialdemokratische „freie Gewerks- schaften“ im Falle des Erfolges liegt nahe genug.“

„Die Sozialdemokratie hat nach dem starken Fiasko als „politische“ Partei naturgemäß ihre Kampfkraft in der Wirtschaft verloren. Sie ist also in der wirtschaft- lichen Kampfe verloren, verlieren auch deren Mitglieder das gläubige Vertrauen auf den Sieg und auf die eigene Macht, dann könnte man es erleben, daß entsprechend wie bei der rein politischen Sozialdemokratie auch hier sich die Schar der Mittläufer enttäuscht und mißmutig besette drückt. Eine solche Sezession im großen Stil aber wäre nach Zahl und Wert noch viel verwerflicher für die Sozialdemokratie als das Abschwenken der unsicheren Partei- kantonisten bei der letzten Wahl. Dann erst würde Herr Rebel bekümmert dem siegreichen Kanzler bekennen müssen: „Solch eine Flucht und Felonie, Herr Fürst, war ohne- gleichen in der Parteigeschichte.“

Wir sehen also, daß dem Kampfe in der Holzindustrie weit über unser Gewerbe hinaus Bedeutung beigegeben, daß er von den Scharfmachern aller Grade als Entscheidungs- kampfe gegen die gesamte deutsche Arbeiterbewegung aufge- faßt wurde. Daraus erklären sich die ungeheuren An- strengungen, die man im Scharfmacherlager, besonders bei den Metallindustriellen machte, um den Unternehmern im Holzgewerbe eine siegreiche Durchführung der Aussperrung zu ermöglichen, daraus erklärt sich das intensive scharf- macherische Interesse, das die gesamte bürgerliche Presse für diesen Kampf an den Tag legte.

Immer wieder wurde auf die Pflicht der Unternehmer, durch die Holzarbeiterausperrung an der gesamten sozial- demokratischen Bewegung ein Exempel zu statuieren, hinge- wiesen, noch anlässlich der Generalversammlung des Schuh- verbandes in Dresden, noch während der letzten Vertrags- verhandlungen in Berlin.

Nun die Holzarbeiterschaft den großen Angriff der Scharf- macher erfolgreich abgeschlagen hat, hat sie auch gleichzeitig für unsere Gesamtbewegung einen großen Erfolg errungen. Sie sollte im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Scharfmacherei niedergeworfen werden, hat aber dem Anwalt der vereinigten Scharfmacher kräftig standgehalten und deren Reihem dezimiert. So waren es die Scharfmacher, an denen ein Exempel statuiert wurde. Und dessen kann sich die Ge- samtarbeiterschaft freuen.

Die Presse und die Aussperrung in der Holzindustrie.

(Schluß.)

Beiläufig sei auf eine Entgleisung der Raumannschen „Hilfe“ hingewiesen. Das Blatt hat sich von jeher darin gefallen, den Gewerkschaften gute Lehren zu erteilen, wie sie es gut und besser machen sollen, wollen sie sich den Beifall der nationalsozial-liberalen Politiker erwerben. Alle guten Ratsschläge haben nichts genutzt, das hat die „Hilfe“ wohl verschmupft, denn sie, die früher sich recht eingehend mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigte, nimmt jetzt höchst selten und dann nur zögernd zu gewerkschaftlichen Fragen Stellung, wobei sie allerdings ebensowenig wie früher das Schulmeisterlaffen kann. So brachte sie es jüngst fertig, die Gewerkschaften wegen ihrer sozialdemo- kratischen Betätigung bei den Reichstagswahlen zu rüffeln und ihnen die gar nicht sozialdemokratischen, aber freimütig vereinigten Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften als Muster politischer Neutralität vorzuhalten; so rüffelte sie auch in Nr. 16 die „Holzarbeiter-Zeitung“ wegen ihres schlechteren Tones, den sie gegen die aussperrenden Unternehmer an- schlug, gehörig ab. Nun hatte ja die „Hilfe“ bis dahin zu dem Kampfe in der Holzindustrie überhaupt noch nicht Stellung genommen; ob das unterblieben war, weil sie sich der Streikbrecherei ihrer Gesinnungsgenossen, der Hirsch- Dunderschen Hirsche wie der unanständigen Kampfesweise ihres anderen Gesinnungsgenossen, des Dr. Müffelmann in der scharfmacherischen „Fachszeitung“, schämte, bleibt eine offene Frage. Die Tatsache bleibt bestehen, daß sie ihre Leser über die einzelnen Phasen des Kampfes nicht unter- richtete. Das hinderte sie nicht, sich über uns aufzuregen, weil wir „von den dummen Lügen der Scharfmacher“ und „vom Bettelsackschwingen bei allen Scharfmacherverbänden“ geschrieben hatten. Hätte die „Hilfe“ ihre Leser über den Kampf laufend unterrichtet, so hätte sie auch berichten müssen, einmal, daß wir denselben von Anfang an sehr ruhig und sachlich geführt haben, dann, daß die Unternehmer unsere Kollegen unter teilweise Vertragbruch und ohne daß von diesen Forderungen gestellt waren, ausgesperrt hatten, während sie immer wieder von einer in der Abwehr von übertriebenen Forderungen vollzogenen Aussperrung schrieben; daß die Unternehmer aus anonymen Drohbrieffen ihren Hauptangriff gegen unsere Kollegen hefteten und daß wir uns durchaus sachgemäß ausdrückten, wenn wir „von den dummen Lügen der Scharfmacher“ sprachen. Sie hätte weiter berichten müssen, daß der Schuhverband von Anfang des Kampfes an immer wieder von dem Zusammen- bruch des Holzarbeiterverbandes, daß er in wahrheitswidriger Weise von den Pumpereien unseres Verbandes gesprochen habe, und daß wir wiederum durchaus richtig handelten, wenn wir nach Bekanntwerden der vielen Pumpereien und Frechereien der Unternehmer „vom Bettelsackschwingen bei allen Scharfmacherverbänden“ schrieben. Das alles hätte die „Hilfe“ berichten müssen, aber dann hätte sie sich ja über das schändliche Treiben ihrer liberalen Parteigänger ent- rüsten müssen, und sie wäre um die schöne Gelegenheit ge- kommen, den sozialdemokratischen Gewerkschaften gute national- soziale Lehren zu erteilen. Deshalb ließ man es bei einer flachen Enttäuschung über den schlechten Ton der „Holzarbeiter- Zeitung“ bewenden. — — —

Um zu zeigen, daß auch führende Zentrumsorgane sich bei Gelegenheit der Holzarbeiterausperrung tüchtig blamiert haben, verweisen wir noch auf die Dortmunder „Tremonta“. Diese Zeitung beschäftigte sich unter anderem am 6. April mit dem Kampfe, wobei der blühendste Unsinn zutage ge- fördert wurde: War doch davon die Rede, daß von den 150 000 Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes 60 000 bis 70 000 von der Aussperrung betroffen würden, eventuell sollten sogar „noch andere Branchen vollständig lahmgelegt werden“. Weiter kann man sich doch nicht gut von den Tatsachen entfernen, berücksichtigt man, daß im ganzen 18 500 Holzarbeiter ausgesperrt waren.

Zum Schluß müssen wir uns eingehender mit der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigen. Dieses Blatt, das sonst im Geruche großer Arbeiterfreundlichkeit stand, hat während der ganzen Dauer der Aussperrung eine direkt arbeiterfeindliche Haltung beobachtet. Von einer objektiven Beurteilung des Kampfes oder gar von einer Unterstützung der doch in die Abwehr gedrängten, ihre Existenz und ihre Organisation verteidigenden Arbeitererschaft konnte bei der „Frankfurter Zeitung“ jedenfalls keine Rede sein, man be- kam aber bei der Lektüre des demokratischen Weltblattes oft genug den Eindruck, als habe man es nicht mit einem un- abhängigen demokratischen, sondern mit einem scharfmacher- offiziellen Presseorgan zu tun.

Am 14. Januar berichtete das Blatt aus Berlin, 11 000 Arbeiter seien ausgesperrt, im Laufe der ersten Woche dürften es 15 000 werden, falls eine Einigung zwischen den beiden Verbänden in kürzester Zeit nicht erzielt werden sollte, kämen noch weitere 8000 Arbeiter dazu. Sämtliche Unternehmerverbände der Holzindustrie hätten zur Aussperrung Stellung genommen und derselben zugestimmt. Tatsächlich wurden in Großberlin in der ersten Woche 6100 Kollegen ausgesperrt — am 14. Januar war die Aussperrungsziffer noch erheblich niedriger —, und während der ganzen Dauer der Aussperrung sind in Großberlin kaum mehr denn 11 000 Personen nach und nach in den Kampf hineingezogen worden; zu gleicher Zeit waren nie mehr denn 8000 Mann, am Ende des Kampfes sogar nur 6000 Kollegen direkt ausgesperrt oder im Streit. Die zwei- bis viermal so hohen Zahlen waren von den Unternehmern frei erfunden, um die Öffentlichkeit zu täuschen und gegen die Aussperrten einzuziehen, zu dem Zwecke sprach man auch in wahrheitswidriger Weise von der Solidarität aller Holzindustriellenorganisationen bei Durchführung dieses Kampfes, während doch weite Unternehmerkreise, so die Pianoforteindustriellen, es entschieden abgelehnt hatten, sich an der Aussperrung zu beteiligen. Es ist bezeichnend, daß die „Frankfurter Zeitung“ sich zum Anwalt der Scharfmacherinteressen machte und den obigen Latarenachrichten ohne Vorbehalt weiteste Verbreitung gab.

Dieser Latarenachrichtendienst mag ein gut Teil auf Konto einer gewissenlosen Feigheit zu setzen sein. Brachte es doch der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, der am 14. Januar von 11 000 respektive 15 000 respektive 23 000 ausgesperrten Holzarbeitern berichtet hatte, fertig, am 15. Januar, unter Ignorierung seiner Meldung vom vorigen Tage, von 8000 Aussperrten zu reden. Beruhigend teilte er mit, „doch wird sich die Zahl noch erhöhen“, und „man rechnet in Arbeitgeberkreisen darauf, daß der Kampf in einigen Wochen beendet sein wird, weil sich dann vermutlich so viele Arbeiter gefunden haben, mit denen der normale Betrieb aufrecht erhalten werden kann“. Am 16. Januar berichtet derselbe Korrespondent von 5300 Aussperrten, aber nur unter dem Vorbehalt, daß die Arbeitnehmer diese Zahl festgestellt hätten. Am 14. und 15. Januar war dieser Vorbehalt bei Mitteilung der geradezu unübertrefflichen Ziffern von 23 000 herab auf 8000 gegenüber den Unternehmern nicht notwendig gewesen.

Dabei muß man das große Interesse der Unternehmer an einer möglichen Vergrößerung des Kampfes kennen, man muß wissen, daß die Unternehmer über ihre Organisation wie über ihre Kassengebarung niemals der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abgelegt, und daß ihre Mitteilungen über den Umfang früherer Kämpfe sich später stets als unrichtig erwiesen haben; man muß ferner wissen, daß wir stets öffentlich Rechnung ablegen, daß eventuell unrichtige Nachrichten von unserer Seite später stets von der Öffentlichkeit korrigiert werden könnten, daß wir deshalb mit in der Hauptsache aber aus einer in der gewerkschaftlichen Bewegung liegenden unbedingten Wahrhaftigkeit (auch der breiteren Öffentlichkeit gegenüber) heraus stets den Tatsachen entsprechend berichtet haben — man muß das alles wissen, um zu beurteilen, welche schätzbare Rolle die „Frankfurter Zeitung“ in diesem Falle spielte, wenn sie den Latarenachrichten der Unternehmer ohne Vorbehalt weiteste Verbreitung gab, über die Mitteilungen der Arbeiter aber nur schüchtern und unter Vorbehalt berichtete.

Am 2. Februar brachte sie es fertig, das von den Scharfmachern zur Schädigung der Aussperrten verbreitete vertrauliche Zirkular des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes den Scharfmachern ohne jeden Kommentar nachzudrucken. Am 5. März behauptete sie in einer von den Scharfmachern inspirierten wahrheitswidrigen Meldung, die Vertragsverhandlungen in den verschiedenen Aussperrungsorten seien an dem Widerstand der Arbeiter gescheitert; diese hätten sich geweigert, Verträge mit einem dem eventuellen Berliner Vertrag gemeinsamen Endtermin einzugehen. Am 18. März wird wieder nur eine, dem Schutzverband entnommene Meldung aus Berlin über die bevorstehende Erweiterung der Aussperrung wiedergegeben. Am 20. März wird aus Leipzig eine von den Unternehmern inspirierte Meldung über die bevorstehende Aussperrung von 5000 Mitgliedern unseres Verbandes gebracht — tatsächlich wurden 1000 Mitglieder ausgesperrt. Am 3. April wird aus Dresden wahrheitswidrig berichtet, unsere Berliner Kollegen forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden, unsere Kollegen in den anderen Aussperrungsorten hätten durch Stellung von Forderungen die Aussperrungen provoziert, unser Verband habe beim Buchdruckerverband drei Darlehen von zusammen 800 000 Mk. aufnehmen müssen. Als unser Verband zwei Tage später diese Mitteilungen berichtete, hatte die „Frankfurter Zeitung“ nicht einmal ein Wort der Entschuldigung wegen ihrer wahrheitswidrigen, die Arbeiter schwer schädigenden Berichterstattung übrig. Dafür würdigte sie sich wieder am 9. April zum offiziellen Organ der Holzindustriellen Scharfmacher herab, am 18. April berichtete sie im Jargon der „Fachzeitung“ über eine Streikversammlung. Am 6. Mai weiß sie nur unsere Führer im Sinne der Scharfmacherpresse zu verleumden. Sie berichtet aus den geheim geführten Verhandlungen in Berlin — „die Vertreter der Arbeitnehmer sollen ihre während der Verhandlungen gemachten Zugeständnisse (es handelte sich um die Frage des Endtermins), die sogar protokolllarisch festgelegt worden sind, abgestritten haben,“ weshalb die Verhandlungen beinahe gescheitert seien. Tatsächlich war bis zu diesem Zeitpunkt über die Frage des Endtermins überhaupt noch nicht verhandelt, und die „Frankfurter Zeitung“ hat lediglich auf scharfmacherische Ohren-

bläserien hin ehrenhafte Arbeiterführer verleumdet. — Am 6. Mai verbreitete sie aus Leipzig die wahrheitswidrige Meldung, bei den Vertragsverhandlungen in Berlin sei keinerlei Arbeitszeitverkürzung und nur eine geringe Lohn-erhöhung zugestanden worden; die Verträge liefen gemeinsam am 15. Januar 1910 ab. Am 13. Mai tröstet sie die Scharfmacher, denen sie während der ganzen Dauer der Aussperrung ihre willigen Handlangerdienste geleistet hatte, über den Ausgang des Kampfes, in dem es „keine Besiegte gibt und ohne Demütigung des einen oder anderen Teils Frieden geschlossen wurde“. — —

So die „Frankfurter Zeitung“ in dem die Existenz der Holzarbeiterchaft und ihrer Organisation schwer bedrohenden Kampfe in der Holzindustrie. So unanständig ist die Arbeiterchaft kaum je noch in einem Kampfe von der bürgerlichen Presse behandelt worden, als die Holzarbeiterchaft in der Aussperrung von der gesamten Presse, von den „Hamburger Nachrichten“ bis zur „Frankfurter Zeitung“, behandelt worden ist. Am unanständigsten hat sich dabei aber die „Frankfurter Zeitung“, das große demokratische und „arbeiterfreundliche“ Weltblatt betragen. Gätte das Blatt die systematische Arbeiterschädigung auf ihre Fahne geschrieben, es könnte nicht besser verfahren, wie es in der letzten Aussperrung gegen die Holzarbeiterchaft verfahren ist.

Unterstützung haben unsere Kollegen auch in diesem Kampfe nur bei der sozialdemokratischen Presse gefunden. Diese hat uns in jeder Hinsicht beigegeben und ihr gebührt für ihre Haltung unser wärmster Dank. Mögen unsere Kollegen auch aus dieser Tatsache ihre richtige Lehre ziehen; mögen sie die arbeiterfeindliche bürgerliche Presse vom Schlage des Berliner „Lokalanzeiger“, der „Morgenpost“ usw. aus ihren Wohnungen verbannen und die sozialdemokratische Presse unterstützen, auf die allein wir bei Durchführung unserer wirtschaftlichen Kämpfe rechnen können.

Der Einfluß der Gefängnisarbeit auf die Korbmacherei und die Bürstenindustrie.*

Die Berufe der Holzindustrie, welche am stärksten unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit zu leiden haben, sind zweifellos die Korbmacherei und die Bürsten- und Pinselfabrikation. Schon seit langen Jahren löst aus dem Lager der selbständigen Unternehmer dieser Branchen immer wieder der Ruf nach Abhilfe, ohne daß die unzähligen Petitionen, die insbesondere von dem Bunde deutscher Korbmacherinnungen an die gesetzgebenden Körperschaften verhandelt wurden, einen nennenswerten praktischen Erfolg gezeitigt hätten. In der letzten Petition, die am 20. Februar 1907 vom Bunde deutscher Korbmacherinnungen an den Reichstag gerichtet wurde, heißt es ähnlich wie in früheren Petitionen: „Sehr gern erkennen wir an, daß die preussische Regierung die Berechtigung unserer Klagen zugab und eine Verringerung der Beschäftigung von Gefangenen mit Korbmacherarbeit veranlaßte. Während im Jahre 1895 in den preussischen Gefängnissen noch an 1000 — tausend! — Gefangene in der Korbmacherei tätig waren, sank diese Ziffer 1900 auf 698 und 1903 auf 471.“

Es ist uns nicht bekannt, auf welche Weise die Petenten diese Zahlen erfahren haben; wenn sie aber richtig sind, dann ist seither wieder eine sehr beträchtliche Vermehrung der mit Korbmacherarbeiten beschäftigten Gefangenen in den preussischen Strafanstalten eingetreten. Nach der dem Reichstag vorgelegten Denkschrift waren nämlich am 1. Dezember 1905 nicht weniger als 1278 Gefangene in Preußen mit Korbmacherarbeiten beschäftigt. Die diese Zunahme mit den inwärtigen classenministerialverordnungen und sonstigen amtlichen Kundgebungen zu vereinbaren ist, ist schwer zu begreifen. Im Juli 1904 wurde zum Beispiel in der offiziellen Presse von einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern Mitteilung gemacht, nach welcher in Strafanstalten, Gefängnissen und Erziehungsanstalten neue Verträge über Korbmacherarbeit nicht mehr abgeschlossen und die alten nicht erneuert werden sollen. Auf die Auflösung der abgeschlossenen längeren Verträge sollte nach Möglichkeit Bedacht genommen, und wo eine Kündigung des Vertrags vorgesehen ist, sollte sie längstens binnen drei Jahren vorgenommen werden. Später konstatierte der Vorstand des Bundes deutscher Korbmacherinnungen in einer offiziellen Kundgebung im Bundesorgan, daß die langjährige unausgesetzte Agitation des Bundes endlich einen ausschlaggebenden Erfolg zu verzeichnen habe. Und zwar besteht sich dieser Erfolg auf die Aufnahme, welche die Petition um Beseitigung der Korbmacherarbeit in den preussischen Gefängnissen am 1. Februar 1906 beim preussischen Abgeordnetenhaus gefunden hat. In dieser Sitzung haben sich alle Redner im Sinne der Petition ausgesprochen, und der Berichterstatter konnte die Erklärung abgeben, daß wenn 1906 die geschlossenen Verträge ablaufen, künftighin keine Gefangenen mehr mit Korbmacherarbeiten beschäftigt werden. Aber trotzdem hat sich, wie bereits erwähnt, die Zahl der mit Korbmacherarbeiten beschäftigten Gefangenen in den preussischen Gefängnissen bedeutend vermehrt!

Nach der Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895 wurden in den Betrieben der Korbmacher und Korbflechter 12 798 gewerblich beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt. Diese Zahl ist freilich heute veraltet, mangels neuerer Angaben (die nächste Gewerbezahlung findet bekanntlich erst im Juni d. J. statt) muß man aber mit ihr rechnen. Dem-

* Siehe auch die Artikel über die Gefängnisarbeit in Nr. 18 und 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“.

gegenüber betrug die Zahl der mit Korbmacherarbeiten beschäftigten Gefangenen in sämtlichen deutschen Strafanstalten 1782, wovon, wie oben erwähnt, 1278 auf Preußen entfallen. Die Zahl der Korbmacher in den Strafanstalten beträgt demnach fast 14 Prozent der freien Arbeiter in diesem Beruf, ein Verhältnis, welches naturgemäß sehr wesentlich ins Gewicht fällt.

Die Denkschrift unterscheidet zwischen geschlagener Arbeit und Korbmöbelfabrikation. Mit geschlagener Arbeit waren 562 Gefangene beschäftigt, davon 55 für den Staat, nämlich 15 für die Gefängnisverwaltung und 40 für andere Staatsverwaltungen. 508 Mann arbeiteten für Private. Ein größerer Betrieb, in welchem geschlagene Arbeit für Zwecke der Staatsverwaltung hergestellt wird, befindet sich im Männerzuchthaus Gräfentonna, wo 25 Gefangene in dieser Weise beschäftigt werden. Für Private wurden mit geschlagener Arbeit beschäftigt in Siegburg (Michaelisberg) 52, in Buzbach 61, in Pfaffenburg 47, in Laufen in Bayern 22, in Freiburg i. B., Bruchsal und Meß je 39, in Bochum, Halberstadt und Untermaßfeld je 37, in Rottenburg 19, in Wechta 18, in Zweibrücken 17, in Ludwigsburg 15. In den übrigen Strafanstalten ist die Zahl geringer.

Die Herstellung von Korbmöbeln erfolgt mit Ausnahme der Strafanstalt in Neudenburg, wo 20 Gefangene für die Staatsverwaltung beschäftigt werden, durchweg für Private. Größere Korbmöbelwerkstätten befinden sich in Hamm (mit 102 Mann), Münster i. W. (65), Graudenz (62), Herford (59), Siegburg (52), Gollnow (52), Bochum (64), Stettin (75), Danzig (57), Werden a. Ruhr (49), Hameln (48), Hannover (37), Hohensalza (36), Oera (34), Celle und Striegau (je 26), Stargard i. P. (28) usw.

Eine ähnliche Bedeutung wie für die Korbmacherei hat die Gefängnisarbeit auch für die Bürsten- und Pinselfabrikation. Den 12 820 in Bürsten- und Pinselmachereien gewerblich beschäftigten freien Arbeitern (Gewerbezahlung 1895) fanden am 1. Dezember 1905 1678 oder 12,3 Prozent mit der Herstellung gleicher Waren beschäftigte Gefangene gegenüber. Es ist daher erklärlich, daß auch aus der Bürstenindustrie lebhaftest Klagen über die Konkurrenz der Gefängnisarbeit laut werden. Von den 1678 in Gefängnissen beschäftigten Bürstenarbeitern arbeiten 10 für die Gefängnisverwaltung und 148 für andere Staatsverwaltungen; von letzteren entfallen allein 108 auf die Strafanstalt in Wartenburg i. Ostpr. Für Private werden 1520 Gefangene, darunter 26 weibliche, beschäftigt. Größere Betriebe befinden sich in Bronte (mit 117 Mann), Wittlich (103), Hamm (98), Bochum (87), Neumünster (87), Ziegel (83), Myslowitz (62), Straßburg i. El. (60), Saarbrücken (54), Graudenz (52), Ragnit (45), Hannover (42), Trier (42), Laufen i. B. (40), Meß (39), Bonn (38), Waldenburg (38), Herford (34), Grefeld (32), Dortmund (31), Hoheneck (30), Lübeck (27), Blöhsensee (24), Harburg (22), Dreierbergen (20), Singen (20). In den übrigen Strafanstalten ist die Zahl geringer als 20.

Um ein zutreffendes Bild von der Bedeutung der Gefängnisarbeit für die Privatindustrie zu erhalten, genügt es nicht, die Zahl der in den einzelnen Berufsarten beschäftigten Gefangenen zu kennen, man müßte auch wissen, welche speziellen Artikel in den Strafanstalten hergestellt und was für Preise für sie bezahlt werden. Hier läßt uns aber die Denkschrift vollständig im Stich. Aus einigen früheren Publikationen kann man aber schließen, daß die Schädigung der Privatindustrie durch den Preisdruck der Gefängnisarbeit eine ganz horrende ist. So berichtete zum Beispiel auf dem zehnten deutschen Korbmachertag im Jahre 1895 der Obermeister der Hamburger Korbmacherinnung unter anderem, daß in den Hamburger Gefängnissen beim Demitshöhlen die wochenwöchentlichen Arbeitslohn entfällt für 5 Gall. von 11,55 Pf., für 3 Gall. von 8,86 Pf. In der Privatindustrie wurde zur selben Zeit noch 25 bzw. 17 Pf. für die gleiche Arbeit gezahlt. Aber auch diese Preise waren durch die Gefängnis Konkurrenz schon ganz bedeutend herabgedrückt, denn 20 Jahre vorher hatte der entsprechende Preis 31 bzw. 25 Pf. betragen. — Einer anderen Arbeit* entnehmen wir, daß sich die Produktionskosten für ein Duzend Halbmaigonistflüchle im Jahre 1895 in der Strafanstalt Blöhsensee auf 26,60 Mk. stellten, während sich die gleiche Arbeit, von freien Arbeitern hergestellt, nach dem damals in Berlin geltenden Minimallohntarif auf 49,75 Mk. stellte. Daß auf diese Weise der Pächter der billigen Gefängnisarbeit eine höchst ungesunde Konkurrenz auszuüben in der Lage ist, liegt auf der Hand.

Begreiflich ist es, wenn die von dieser Konkurrenz Betroffenen das lebhafteste Bedürfnis empfinden, von dem unlauteren Wettbewerb befreit zu sein. Daß sie geleitet von diesem Streben öfters Vorschläge zur Abhilfe machen, die weit über das Ziel hinauschießen, kann nicht wundernehmen. In einem im vorigen Jahre in der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ abgedruckten Artikel wird besonders gelagert über die Konkurrenz, welche die im Gefängnis ausgebildeten Korbmacher nach ihrer Entlassung den ehrbaren Korbmacherinnungsmeistern machen. Da die betreffenden Korbmacher ihre Waren meist auf dem Wege des Hausierens abzusetzen suchen, empfiehlt der Artikelschreiber, die Erteilung eines Gewerbebescheins oder eines Hausierscheins davon abhängig zu machen, daß der Nachsuchende das Handwerk bei einem Meister erlernt und die vorschrittsmäßigen Prüfungen abgelegt hat. Dieser Vorschlag ist kindisch insofern, als der Vorteil, der dabei für die Innungsbräuer heraussprungen würde, ein sehr bescheidener wäre; andererseits wäre es aber eine durchaus nicht zu rechtfertigende Grausamkeit, wollte

* Paul Voigt, Das Tischlergewerbe in Berlin. In: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland. Leipzig 1906.

man denjenigen, der bestrebt ist, sich auf ehrliche Weise durchs Leben zu schlagen, durch Entzug der Existenzmittel gewalttätig auf die Bahn des Verbrechens verweisen. Ebenso wenig kann der Rat des selben Artikelschreibers, die Gefangenen, soweit sie nicht zu größeren landwirtschaftlichen Arbeiten, Dammbauten, Dünenbefestigungen herangezogen werden können, mit Federnreiben, Erbsenverlesen und ähnlichen Arbeiten zu beschäftigen, als eine glückliche Lösung der Frage der Gefängnisarbeit betrachtet werden.

Solange es Gefängnisse gibt, werden deren Insassen auch beschäftigt werden müssen, und zwar liegt es im Interesse der Gefangenen ebenso wie in dem der Allgemeinheit, daß die Beschäftigung nützlich ist. Die Frage, ob es im Allgemeininteresse liegt, gewisse Beschäftigungsarten ganz aus den Gefängnissen auszuschalten, kann erst in zweiter Linie in Betracht kommen; das vor allen Dingen zu erstrebende Ziel ist die Beseitigung der Unterbietung der Arbeit freier Arbeiter durch die Produkte der billigen Gefängnisarbeit. Die vom Bundesrat im Jahre 1897 aufgestellten Grundsätze für die Beschäftigung der Gefangenen bestimmen zwar: „Die Verwertung der Arbeitskraft der Gefangenen wird so geregelt, daß die Interessen des Privatgewerbes möglichst Schonung erfahren“, aber der Umstand, daß die Klagen trotzdem nicht abreißen, beweist, daß die Rücksichtnahme auf die Interessen des Privatgewerbes nicht weit genug geht.

Unseres Erachtens liegt ein Hauptmangel darin, daß die Interessenorganisationen der Unternehmer und Arbeiter keinen Einfluß auf die Festsetzung der Preise der Gefängnisarbeit haben. Ein solcher Einfluß müßte ihnen eingeräumt werden, und zwar nicht nur hinsichtlich des Verkaufspreises der fertigen Produkte, sondern auch in bezug auf die zu zahlenden Arbeitslöhne. Diese Preise beziehungsweise Löhne müßten von den zuständigen Amtsstellen im Einverständnis mit den Vertretungen der in Betracht kommenden Unternehmer- und Arbeiterorganisationen erfolgen. Die Notwendigkeit, in dieser Frage auch die Arbeiter zu hören, muß um so schärfer betont werden, als man im allgemeinen nur zu sehr dazu neigt, ausschließlich das Interesse der Unternehmer ins Auge zu fassen, wenn man von dem Wohlgehen der Industrie spricht. Die Arbeiter stehen aber der Konkurrenz der Gefängnisarbeit durchaus nicht gleichgültig gegenüber; auch sie werden durch jenen Wettbewerb recht empfindlich betroffen, und so haben sie ein wohl begründetes Recht darauf, daß auch ihre Stimme gehört werde.

Wir wissen wohl, daß mit der Befolgung unserer Anregung das komplizierte Problem der Gefängnisarbeit noch lange nicht gelöst ist; immerhin ließen sich auf diesem Wege die ärgsten Auswüchse beseitigen.

Das demokratische und das aristokratische Prinzip im Arbeitsbetrieb.

II. (Schluß.)

—r. Noch von einem anderen Gesichtspunkt aus sucht das Scharfmachertum das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters im Arbeitsprozeß zu Falle zu bringen; es behauptet nämlich, daß das Sineinreden des Arbeiters in den Betrieb den Produktionsmechanismus störe, indem es die Autorität des Unternehmers untergrabe, die Disziplin lockere, ein planvolles Zusammenarbeiten verhindere und den Betrieb zu einem wilden, wirren Chaos mache. Deshalb könne von einer Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht die Rede sein, sondern die Stärkung der Autorität des Unternehmers sei das einzige Mittel, um einen Betrieb erfolgreich zu gestalten. „Wer aus der Weltgeschichte noch nicht die ewig unabänderliche Wahrheit erkannt hat,“ so lesen wir in der kapitalistischen Presse, „daß einzig und allein die kraftvolle Durchsetzung der Autorität die Ursache allen Erfolges menschlicher Arbeit ist, der soll vor allen Dingen erst die Bücher der Weltgeschichte zur Hand nehmen und sie fleißig studieren, ehe er sich vermißt, Programme für sozialpolitische Bewegungen aufzustellen. Nehme man doch irgend welchem industriellen oder merkantilen Unternehmen den Kopf, die zielbewusste, kräftige Leitung — was bleibt denn dann für die Arbeiter desselben übrig, auch wenn es ihrer Tausende wären? Was nützte den Tausenden alle ihre „Koalition“, was nützte ihnen alle die Einrichtungen des obengenannten „Programms“, wenn die Hand fehlt, die das Unternehmen mit einer Ansammlung von Wissen, Tatkraft und Erfahrung leitet und allen denen, die sie zu beschäftigen versteht, Verdienst und Brot gibt. Man sollte sich doch endlich einmal von der törichten Ansicht frei machen, dem Arbeiter die „Gleichberechtigung“ mit dem Arbeitgeber als das Ideal hinzustellen, dem er nachstreben müsse, damit er ein „menschenswürdiges“ Dasein führen könne. Die „Menschenwürde“ hat mit der „Gleichberechtigung“ gar nichts zu tun, denn ein jeder Mensch ist des Daseins würdig, welches er sich selbst zu schaffen versteht. Der Arbeiter, so lange er „Arbeiter“ ist, hat aber eben nicht Anspruch auf die „gleichen“ Rechte wie sein Brotgeber, sonst wäre er nicht „Arbeiter“, sondern selbst „Arbeitgeber“. Das Wort „Gleichberechtigung“ ist ein politisches Schlagwort, dem aller Inhalt fehlt, denn es gibt in der ganzen Welt nicht zwei Menschen, die völlig gleichberechtigt wären. Am allerwenigsten können zwei Menschen „gleiche Rechte“ haben, von denen der eine Arbeit gibt, der andere sie nimmt.“

Die Beweisführung, weshalb der Unternehmer die Autorität haben müsse, während der Arbeiter zur Rechtlosigkeit und Willenslosigkeit verdammt sei, macht sich der Artikelschreiber sehr leicht. Er behauptet nämlich, daß zu einem

Produktionsprozeß drei Faktoren, Kapital, Intelligenz und Arbeit, gehören. „Von diesen drei Faktoren,“ so meint er, „vereinigen sich im Unternehmer stets zwei: die Intelligenz und das Kapital, die beide für sich allein nichts anfangen können. Durch ihre Vereinigung erlangen sie doch aber ganz naturgemäß ein Übergewicht über den dritten Faktor: die Arbeitskraft. Und dieses Übergewicht — das ist eben die Autorität, deren jeder Unternehmer unbedingt bedarf, wenn er sein Unternehmen vorwärts bringen will. Diese Autorität ausüben, das Übergewicht beseitigen, der Arbeit das „gleiche Recht“ geben zu wollen wie der Vereinigung von Intelligenz und Kapital, das heißt nichts anderes, als — wie Archimedes — einen festen Punkt verlangen, an dem man die Welt aus den Angeln heben kann. Das gibt's eben einfach nicht, und jeden Versuch dazu muß ein vernünftig denkender Mensch von vornherein als Torheit ansehen.“

Daß die Arbeiter doch auch etwas Intelligenz besitzen, und daß sie diese Intelligenz ebenfalls in den Betrieb stecken, daran denkt der Unternehmer nicht. Er spielt sich als den Aristokraten auf, dessen geistige Größe die unwissenden Arbeiter turmhoch überragt, und zu dessen Intelligenz sie mit ehrfurchtsvollem Schauer emporblicken sollen. Deshalb reden sie so gern von dem aristokratischen Prinzip im Wirtschaftsleben, dem sie das demokratische Prinzip als die Verkörperung der Unfähigkeit und der Minderwertigkeit entgegenstellen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ drückt mit Wohlgefallen die Ausführungen eines amerikanischen Professors Gilman ab, der sich folgendermaßen vernehmen läßt:

„Sicherlich ist es für die große Klasse der Menschen, die nicht fähig sind, sich selbst oder andere zu leiten, ein Glück, in ihrem gewerblichen Leben von anderen geführt zu werden. Kein verhältnismäßiger Erfolg des demokratischen Prinzips in politischen Angelegenheiten sollte uns blind machen gegenüber der Einsicht von der Wichtigkeit des aristokratischen Prinzips in wirtschaftlichen Dingen. Der erfolgreiche Unternehmer erhebt sich aus der Menge der gewöhnlichen Menschen durch einen Prozeß natürlicher Auswahl, den keinerlei Deubktion demokratischer Theorien beseitigen kann. Wenn alle Menschen gleichermaßen mit Unternehmertalent begabt wären, (eine Annahme die vielleicht ebensogut dahin ausgedrückt werden kann, daß alle Menschen einer solchen Begabung ermangelten), so wäre ein sehr großer Teil des modernen Fortschritts offenbar unmöglich gewesen, da dieser davon abhängt, daß Menschen in großer Anzahl vereint werden, um sich gegenseitig in die Hände zu arbeiten und in hohem Grade in Arbeitsteilung zu wirken. Eine gewerbliche Welt von Individuen, von denen jeder einzeln und für sich arbeitete, würde notwendigerweise weit hinter der Entwicklungsstufe unseres zwanzigsten Jahrhunderts zurückgeblieben sein. Zum Glück ist bisher die Menschheit von den Prinzipien einer natürlichen Aristokratie und einer natürlichen Demokratie geleitet worden, und die häufigsten aller gesellschaftlichen Erscheinungen waren die Fähigkeit einiger weniger, zu führen und die Bereitwilligkeit vieler, zu folgen. Wenn morgen durch eine vollständige Beseitigung von Gehorsam und Leitung dem Talent eine absolut freie Bahn geschaffen wäre, so würde die doktrinaire Demokratie im eigentlichen Interesse die alte Welt bald wieder hergestellt haben.“

Mit dem aristokratischen Prinzip, wie es im landläufigen Sinne gebraucht wird, ist im politischen Leben schon genügend Unfug getrieben worden, und es fehlt nur noch, daß es auch im wirtschaftlichen Leben mißbraucht werden soll. Bekanntlich spielen sich im Staatswesen die Angehörigen der bevorrechtigten Klasse mit Vorliebe als die Aristokraten auf; sie nennen sich „die Edlen und Besseren der Nation“ und behaupten, daß auf ihre „Mühligkeit“ der Staat beruhe. Sie gehen von dem richtigen Gedanken aus, daß eine staatliche Organisation — wie jede andere Organisation auch — einer Leitung bedürfe und nehmen diese Leitung für sich in Anspruch. Jedermann weiß, daß dies eine längst überwundene Anschauung ist, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Mitwirkung des gesamten Volkes an der Leitung und Regierung eines Staates große Vorteile bietet gegenüber dem früheren aristokratischen Regiment. Daher hat die Demokratie im Staatswesen heutzutage in allen Kulturländern den Sieg davongetragen zum Segen der Völker und zum Wohl des Staates.

Ganz die gleiche Entwicklung vollzieht sich auch im Gebiete des Wirtschaftslebens. Es ist eitel Spiegelfechtereie und eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn Professor Gilman dem aristokratischen Prinzip in wirtschaftlichen Dingen eine ewige Dauer verheißt, und wenn er den Unternehmer als den Träger dieses Prinzips bezeichnet. Er verwechselt offenbar ein geistiges Prinzip mit einem materiellen Vorrecht, und er leitet die Ansprüche auf geistigen Gebiete her aus materiellen Gründen. Kurz ausgedrückt: er leitet die „Intelligenz“ aus dem Geldbeutel ab — eine Methode, die bei den Vorkämpfern des Kapitalismus den Mangel an anderen Gründen verdecken soll.

Jeder Mensch, der das Wesen eines modernen korporativen Betriebes kennt, räumt ohne weiteres ein, daß eine Leitung vorhanden sein muß, und daß es an geistigen Kräften, die dem Fortschritt dienen, nicht fehlen darf. Was aber bestritten wird, ist die Behauptung, daß das Unternehmertum diese Intelligenz repräsentiere. Gerade die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet beweist uns, daß der Unternehmer immer mehr die Führung verliert und die Zügel aus den Händen gleiten läßt. Bezahlte Arbeitskräfte sind es, die heutzutage die Aristokratie im Wirtschaftsleben repräsentieren, während die Kapitalisten sich mehr und mehr auf die einträgliche Tätigkeit des Couponabschneidens zurückziehen. Wenn sich eine Statistik darüber

aufstellen ließe, aus welcher Schichte sich die Talente — die Erfinder, die Leiter, die Bahnbrecher — rekrutieren, so würde sicherlich die Klasse der Kapitalisten sehr schlecht abschneiden. Wer in einem modernen Betriebe tätig ist, weiß ganz genau, daß der Unternehmer selbst meistens eine große Null ist, weil er sich für sein Geld genügend Intelligenz kaufen kann.

Offenbar macht sich gerade im Gebiete des Wirtschaftslebens ein Zug vom aristokratischen zum demokratischen Prinzip bemerkbar. Und diese Entwicklung wird sich hier ebenso durchsetzen wie im politischen Leben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat ganz recht, wenn sie schreibt: „Wer Auge und Ohr den Lehren der Zeit offen hält, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß es ein eitles Bemühen bedeuten würde, die ökonomische Gesamtentwicklung aus egoistischen Gründen zurückhalten zu wollen. Nur ein Narr kann behaupten, daß in der Figurierung der Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung niemals eine Veränderung Platz greifen darf, widrigenfalls das Ende der Dinge herannahen würde; denn wenn auch gewisse politische und wirtschaftliche Grundformen des Sozialitätsverhältnisses, die die bisherigen Jahrtausende überdauert haben, für alle Zukunft ihren Wert behalten werden, so schließt das selbstverständlich nicht im mindesten die Verpflichtung zu allmählicher und sachgemäßer Ersetzung veralteter Einzelheiten jenes Verhältnisses durch zeitgemäße Neubildung aus.“ Und die Ersetzung der auf dem Geldbeutel beruhenden angeblichen Aristokratie durch eine auf der Intelligenz beruhende Demokratie im Wirtschaftsleben ist eine der zeitgemähesten Neubildungen, die es gibt.

Soziales.

Zuckerbrot und Peitsche.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, eine agrarisch-scharfmacherische Gesellschaft, welcher einflußreiche Personen angehören, hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in welcher es heißt:

„Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Zufriedenheit in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung hervorzurufen und die Umsturz-bewegungen einzuschränken.“

Es ist anzustreben:

1. Die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinheitlichung und die Verbilligung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens.
2. Eine ausgiebige Erschließung der in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit den von ihr betonten Repressivmaßnahmen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Ohne diese beiden Vorbedingungen ist die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestaltung, welche sie angenommen hat, als dem Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen derselben zuwiderlaufend anzusehen.“

Das sind also die sozialpolitischen Forderungen derer von Bildung und Besitz. Die Arbeiterschaft soll noch mehr als bisher durch indirekte Steuern ausgebeutet werden, und um sie „zufrieden“ zu machen, soll man Ausnahmegesetze über sie verhängen. Nur dann, wenn sie ausgehungert und mundtot gemacht sind, will man ihnen ein Geschenk in Gestalt der Verschmelzung der Versicherungsgesetze machen. Diese letztere Forderung ist zwar an erster Stelle genannt, besonders ernst dürfte es aber den Petenten mit diesem Verlangen kaum sein, denn dieselben Steuer- und Wirtschaftsreformer waren es, die auf ihrer letzten Generalversammlung den Beschluß faßten, die Regierung zu ersuchen, neue sozialpolitische Gesetze, insbesondere die geplante Arbeitslosenversicherung, so lange zurückzustellen, bis Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie durchgeführt sein werden.

Im gutem Willen, die Arbeiter unter ein Ausnahmerecht zu stellen, fehlt es in den maßgebenden Kreisen nicht, doch sind die in dieser Beziehung gesammelten Erfahrungen nicht gerade geeignet, zu einem neuen Versuch nach dieser Richtung zu ermuntern. Man wird daher wohl davon absehen, ein formelles Ausnahmegesetz zu erlassen, und sich darauf beschränken, mehr noch als bisher durch eine sorgfältig abgeleitete Auslegung der Gesetze die Arbeiter zu treffen. Ob aber durch solch eine Behandlung die Arbeiterschaft „zufrieden“ gemacht wird, ist eine andere Frage.

Drei neue gewerbliche Merkblätter für Arbeiter hat das Kaiserliche Gesundheitsamt neuerdings herausgegeben. Das erste betrifft die Bleivergiftungsgefahr in Seilenshawereien, das zweite die Gesundheitsgefahren aus dem Hantieren mit Chromsalzen in Gerbereien und das dritte die Bekämpfung der Staubgefahr in Metallschleifereien sowie bei Arbeiten an trockenen Schmirgelsteinen und Schmirgelsteinen. Zu beziehen sind diese Merkblätter unentgeltlich vom Kaiserlichen Gesundheitsamt oder von der Verlagsbuchhandlung Jul. Springer, Berlin N, Monbijouplatz 8. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind angewiesen, diese Merkblätter in den für solche Gefahren in Betracht kommenden Betrieben zur Einführung zu bringen.

Der Achtfundentag marшиert! Die deutschen Solvaywerke in Bernburg haben beschlossen, nach den guten Erfahrungen, die sie mit dem Achtfundentag auf dem Hauptwerk in Bernburg gemacht haben, ihn vom 1. Juli ab in sämtlichen Betrieben einzuführen. — Die Steinmezen in Gotha errangen dem Achtfundentag.

Von der preussischen Gewerbeinspektion. Nach einer Übersicht über die Organisation des Gewerbeaufsichtsdienstes in Preußen, die das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung bringt, bestehen im ganzen 146 Gewerbeinspektionen, von denen allein 12 ihren Sitz in Berlin haben. Die Zahl der weiblichen Aufsichtsbeamten beträgt 4, davon sind 3 in Berlin und eine in M.-Glabach tätig.

Von der württembergischen Gewerbeinspektion. Das württembergische Verkehrsministerium hat die Nebenbetriebe der Verkehrsanstalten, also die Hauptwerkstätten der Eisenbahn- und Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung, die Eisenbahnbaubetriebe und die Telegraphenwerkstätten dem Artikel 7 der Reichsgewerbeordnung und damit zugleich der Revision der Gewerbeinspektion unterstellt. Damit ist einem seit langem unheilbaren Zustand ein Ende gemacht — aber leider nur in Württemberg. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Frage reichsgesetzlich geregelt würde.

Eine Erhebung über die Heimarbeit will die heftigste Regierung im nächsten Jahre veranstalten, wie Minister Braum im Landtage angekündigt hat.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Mai über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. Juni zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einsenden müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

An freiwilligen Beiträgen für die ausgesperrten Mitglieder sind bei der Hauptkasse weiter eingegangen und werden hierdurch quittiert: Loiz 31,20 Mk., Zeterow 15, Niesky 50, Luckenwalde I. R. 170, II. R. 200, Wilsdruff 1000, Glasütte II. R. 25, Altenburg II. R. 200, Buchholz 28,50, Ronneburg 16,40, Zreuen i. B. auf Piffen 28,45, Martinroda 5, Schleusingen 28, Weissenfels 25, Geesthacht 57,50, Delligsen 20, Hilbesheim 265, Quatenbrück 41,60, Gamburg 100, Solingen von einer Festrede von R. 3, Witten 50, Frankfurt a. M. 500, Ludwigshafen 600, Mannheim I. R. 400, II. R. 800, Fürth IV. R. 500, Raftast 50, vom Verband der Möbelarbeiter Frankreichs 92,74, Kollegen der Firma Biekroth & Co.-Niederfeld 16,80, Sanze-Luhn 1, Frohns-Büngen 5, Schliemann-Schnega 1,50, Zolliger-Rosenfeld 1, Mitglieder in Borkum 9, Südecke-Barrien 1,50, gesammelt durch Weismann-Begnitz 50,50 Mk.

Berichtigung. In der Quittung in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ muß es statt „Stettin 75 Mk.“ heißen: Swinemünde 75 Mk.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 89175 August Bomhauer, Tischler, geb. 28. 7. 69 zu Göze.
- 79770 Otto Müller, Tischler, geb. 11. 12. 75 zu Jüssen.
- 79989 Fritz Schaffer, Tischler, geb. 6. 8. 71 zu Berlin.
- 99785 Kaver Büttke, Tischler, geb. 12. 3. 76 zu Augsburg.
- 121925 Friedrich Biese, Korfschneider, geb. 15. 11. 51 zu Jessen.
- 150694 Otto Richter, Tischler, geb. 2. 4. 80 zu Dessau.
- 218985 August Franz, Drechsler, geb. 9. 1. 79 zu Saarbrücken.
- 260089 Otto Dworzaj, Tischler, geb. 1. 8. 88 zu Klingenthal.
- 282278 Louis Müblius, Tischler, geb. 12. 5. 72 zu Barfinghausen.
- 293911 Josef Diefenbach, Stellm., geb. 16. 1. 77 zu Normborn.
- 301837 Peter Meuter, Tischler, geb. 21. 2. 76 zu Ettelbrück.
- 318417 Otto Gutmann, Schneidemüller, geb. 7. 12. 86 zu Mährbach.
- 325784 Paul Gehrmann, Tischler, geb. 9. 4. 76 zu Berlin.
- 351416 Jakob Knittel, Tischler, geb. 1. 1. 87 zu M. je l. r.
- 370097 Franz Umbreit, Tischler, geb. 2. 3. 71 zu Stettin.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Agitation.

Gau Düsseldorf. Will man die volkschädigende Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer verwüstenden Kraft erkennen lernen, so genügen schon einige Tage Aufenthalt in den Industriegebieten am Rhein und an der Ruhr. Welch trostlose, menschenunwürdige Zustände bieten sich hier unseren Augen! Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft erreicht hier eine Höhe, die im Interesse der Volksgesundheit und der Sitte ein Ende nehmen müßte. Jedoch solange die heutige Wirtschaftsweise herrscht, ist an eine ernste Arbeiterschutzesbewegung nicht zu denken. Schon aus diesen Gründen ist die Arbeiterklasse auf Selbsthilfe angewiesen, und sie hat sich zu dem Zwecke die modernen Organisationen geschaffen. Durch die Maßnahmen der Unternehmer wie der Regierung wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in hohem Maße gefördert, und die unermüdliche Agitation der Verbände bringt es zumeist, daß bei gegebener Zeit den düstersten Maßnahmen der Unternehmer erfolgreich entgegengetreten werden kann.

Gerade jetzt, wo die Unternehmer der Holzindustrie den kühnen Versuch machen, unsere Organisation niederzuretten, war es notwendig, dieser düstersten Macht entgegenzutreten mit aller Energie, Opferwilligkeit und Solidarität. Ist diese bei unseren Kollegen vorhanden? Diese Frage können wir wohl ohne Übertreibung mit ja beantworten! Können Herr Rahardt und seine Spezies uns doch einmal in den Versammlungen folgen, um zu sehen, wie auch in der kleinsten Zahlstelle unsere Kollegen begeistert und aufopfernd für den großen Kampf in der Holzindustrie eintraten! So auch in den schwärzesten Winkeln, wohin mich meine Tour führte, wie Hamm, Waderborn, Sittgendorf, Mühlheim a. d. Ruhr, Werden, Kray, Ronsdorf, Duisburg, Wanne und Beuel, fand ich nicht nur aufmerksamste Zuhörer, sondern auch, und das ist meines Erachtens die Hauptsache, intelligente, Klassenbewusste Kollegen, die sich an

der Diskussion lebhaft beteiligten. In Duisburg und Kray versuchten es ein Christ, mir in die Suppe zu spucken. Die Abfuhr war kurz, aber gründlich. In Rheinland-Westfalen sind unsere Kollegen von Feinden dicht umdrängt. Der jesuitische Einfluß organisiert hier noch den Unverstand, den Todfeind des Fortschritts und der Kultur. Um so erfreulicher ist es, wenn Tag für Tag Fortschritte in unserer Organisation verzeichnet werden können; aber wenn mehr wie bisher (im Sinne meiner Ausführungen) von allen Kollegen, hauptsächlich aber von den Kollegen der Zahlstellen Hamm, Mühlheim, Duisburg, Sittgendorf und Ronsdorf, gearbeitet wird, werden die Erfolge nicht auf sich warten lassen. Kollegen, halt das bisher Versäumte nach und arbeitet mit Nachdruck für die Interessen der Besitzlosen; die ernste Zeit erfordert es.

G. Schneppenhorst-Nürnberg.

Korrespondenzen.

Muerbach. Am 14. Mai hielten die organisierten Kollegen ihre Monatsversammlung ab, welche besser besucht sein konnte. Aber „als Ende der Aussperrung in der Holzindustrie“ referierte Kollege Felbinger. Nach einer regen Aussprache über die Zustände in der Herberge zur Heimat wurde die Verwaltung aufgefordert, Schritte in die Wege zu leiten, damit den durchreisenden Kollegen ein besseres Nachquartier geschaffen wird. Im weiteren wurde mitgeteilt, daß es gelang, bei der Firma G. Pletsch die 60stündige Arbeitszeit einzuführen; früher wurde dort 62 Stunden gearbeitet. Ein Mindestlohn von 40 Pf. wurde zugestanden. Daselbe bei der Firma Pfaff durchzuführen war noch nicht möglich, da es an der Halsstarrigkeit des Meisters scheiterte und die Kollegen noch nicht alle unterstützungsberechtigt sind. Geklagt wurde über die Arbeitsverhältnisse in der Parfettfabrik Goldig und über die Firma Seidel (e. G. m. b. H.). Öffentlich betätigten sich die Kollegen agitatorisch für unsere Organisation, dann wird es möglich sein, den Ausbeutungsgehilfen dieser Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen.

Bergen auf Rügen. Am 12. Mai fand hier eine Versammlung der auf der Insel Rügen beschäftigten Einzelmitglieder statt. Erschienen waren Kollegen aus Bergen und aus den Ostseeländern Binz und Sahnitz, während die Kollegen aus Sellin fehlten. Kollege Kaffube-Stettin führte den Anwesenden die letzten Kämpfe unserer Organisation gegen den Arbeiterschutzesverband vor Augen, wobei der letztere eingesehen habe, daß das Niederringen des Holzarbeiterverbandes durch unsinnige Aussperrungen doch nicht mehr möglich sei. Zum Schluß forderte er die anwesenden Kollegen auf, noch mehr wie bisher die unorganisierten Kollegen dem Verbande zuzuführen. Nachdem festgestellt war, daß auf der Insel in den verschiedenen kleinen Städten ungefähr 70 Holzarbeiter beschäftigt sind, wurde beschlossen, auf der Insel eine Zahlstelle zu gründen, und wurde Sahnitz als Sitz derselben bestimmt. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege A. Knaat in Sahnitz gewählt. Die erste Mitgliederversammlung findet am Sonntag den 2. Juni in Sahnitz statt, wozu wiederum ein Mitglied vom Gauvorstand erscheint. Die Kollegen haben versprochen, zu dieser Versammlung sämtliche unorganisierte Kollegen mitzubringen. Hoffen wir, daß die junge Zahlstelle sich günstig entwickelt.

Delmenhorst. Es ist wirklich bezeichnend für das Interesse der Kollegen ihren gewerkschaftlichen Verhältnissen gegenüber, daß sich bis jetzt noch keiner zu der in Nr. 18 unserer Zeitung unter Korrespondenzen veröffentlichten Resolution der Zahlstelle Delmenhorst geäußert hat. Die Kollegen sowie der Vorstand können es uns ruhig glauben, daß diese, entgegen einem Agitationsreferat des Kollegen Seybold-Dresden, angenommene Resolution nicht etwa bloßer Streiftuch oder Besserwisserei entsprungen ist, sondern der aufrichtigen Besorgnis, daß durch den Standpunkt des Vorstandes in dieser Frage, welcher noch bis zu dem vorjährigen Verbandstag die Ansicht vertrat, daß die bisher angewandte Taktik die allein richtige sei, in absehbarer Zeit unvermeidlich das Gegenteil von dem eintreten muß, was der Vorstand bezwecken will und was gleichzeitig für ihn und die übrigen besoldeten Beamten eine Existenzfrage ist, nämlich die Erhaltung und Stärkung des Verbandes. Wir wissen zwar nicht, wie der Vorstand jetzt über diese Sache denkt, da auch er bisher kein Wort zu unserer Resolution geäußert hat, haben jedoch die ernsthafte Befürchtung, daß, auch wenn es dem Verband diesmal noch gelingen sollte, dank der Opferwilligkeit der Kollegen, aus den großen Aussperrungskämpfen als Sieger hervorzugehen, und gerade dann erst recht die Unternehmer sofort mit aller Energie daran gehen werden, ihren Verband so stark zu machen, daß ihm der Holzarbeiterverband finanziell überhaupt nicht mehr gewachsen ist. Man verhehle sich doch nicht, daß die Arbeitgeber lieber das Doppelte und Dreifache an Beitrag in ihrem Verband bezahlen, nur um sich von unserem Verband nichts abtrotzen zu lassen, sondern denselben zu ruinieren. Wir sind uns deshalb hier klar darüber, daß die Unternehmerverbände in absehbarer Zeit die Arbeiterverbände finanziell lahmlegen werden, und sind der Meinung, daß die großen gewerkschaftlichen Zukunftskämpfe überhaupt nicht durch das Kampfmittel Geld von unserer Seite aus geführt werden können, denn die Grenze der Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit der Kollegen dürfte schon sehr bald erreicht sein, kurz und gut, es erscheint uns bald an der Zeit, eine andere Taktik anzuwenden, aber welche? Diese Frage zu lösen, respektive Anregungen zu geben, möchten sich doch alle beschäftigten Kollegen angelegen sein lassen und sich an der in der Resolution vorgeschlagenen Diskussion beteiligen und nach Kräften dazu beitragen, daß dieselbe nicht einfach wieder totgeschwiegen wird.

Dresden. (Bürstenmacher.) Kollege Artur Meier macht uns darauf aufmerksam, daß in dem von ihm in Nr. 20 veröffentlichten Eingangs der Arbeitsverdienst in der Werkstatt des Herrn Knaebe irrtümlich auf 30 bis 38 Pf. angegeben ist; es muß heißen 35 bis 38 Pf.

Gerischoff. In Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ befindet sich eine Notiz, daß unsere Kollegen einen Durchschnittslohn von 18 Pf. pro Stunde haben. Demgegenüber muß ich der Wahrheit gemäß konstatieren, daß dieser Lohnsatz für die hiesigen Möbelfabriken nicht zureichend ist, da in dem Betriebe Gräflich Schafgottsche Holzindustrie der niedrigste Stundenlohn für Tischler 30 Pf. beträgt, für Holzarbeiter 28 Pf.

Herzbrud b. Nürnberg. „Alles Anfang ist schwer.“ Dieses Sprichwort trifft auch auf unsere noch junge Zahlstelle zu. Die Organisation will absolut nicht vorwärts kommen, trotzdem sich einzelne Kollegen die größte Mühe geben. Und doch hätten es gerade die Kollegen von Herzbrud und Umgebung am allernotwendigsten, sich zusammenzuschließen. Gibt es doch unter 60 Stunden überhaupt keine Arbeitszeit, dagegen sind Arbeitszeiten von 62, 64, 66 Stunden und noch höhere an der Tagesordnung. Die Bezahlung ist dementsprechend. 14, 15, 16, 17, im günstigsten Falle 18 Mk. Es bewahrt sich hier wieder einmal: „Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger die Abne.“ Das alles in nächster Nähe Nürnbergs, wo ganz andere Verhältnisse bestehen. Darum, Kollegen, erkennt doch endlich, was euch not tut, besinnt euch auf eure Lage. Seht ihr denn bloß auf der Welt, um zu arbeiten und zu hungern? Seht und hört ihr denn nicht, was wir in Deutschland gegenwärtig für Arbeitszeiten haben? 51, 52, 53, 54 Stunden beträgt vielfach die Arbeitszeit, und 56 und 57 Stunden sind in kleineren Orten keine Seltenheit. Die Lohnsätze sind durchweg höher als hier trotz der kurzen Arbeitszeit. Was aber an anderen Orten möglich ist, ist auch bei uns zu erreichen, wenn wir nur wollen. Darum ermahnt euch, Kollegen, schließt euch dem Holzarbeiterverband an, besucht regelmäßig die Versammlungen, seid einig; und es muß auch hier vorwärts gehen. Die Versammlungen finden am zweiten Sonntag jeden Monats, nachmittags 3 Uhr, im Verkehrslokal „Gasthaus zum Hirschen“, bei Herrn Johann Kettler statt.

Röhschenbroda. (Korbmacher.) Ein Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gab dem hiesigen Herrn Korbmachermeister Kühn Veranlassung, eine Rücksprache mit unserem Gauvorsteher herbeizuführen. Hierbei wurde letzterem mitgeteilt, daß sich für ganz Sachsen eine Meisterorganisation der Grünforbbranche gebildet habe, welcher zurzeit bereits über 60 Arbeitgeber angehören. Die Firma Kühn sei Mitglied im Vorstand, Vorsitzender sei der Korbwarenfabrikant Krosberg in Freiberg. Die Aufgabe dieser neuen Organisation soll sein, eine Erhebung des gesamten Grünforbwarengewerbes herbeizuführen, und soll dieses erreicht werden durch eine Regelung der Verkaufspreise und der Arbeitsbedingungen. Die Regelung der Arbeitsbedingungen sei vertraglich zwischen dieser neuen Meisterorganisation und dem Deutschen Holzarbeiterverband gedacht und müsse man beiderseitig bestrebt sein, diese beiden Organisationen zu fördern. Kollege Gerlitke erklärte sich mit der Anbahnung einer derartigen vertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen einverstanden und wurde vereinbart, daß zunächst in einiger Zeit eine unverbindliche Aussprache darüber zwischen dem Vorstand dieser neuen Meisterorganisation, dem Gauvorsteher und einigen Kollegen aus der Grünforbbranche stattfinden soll. Da diese Regelung jedoch noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen würde, zumal auf beiden Seiten die Organisationen immer noch nicht genügend erstarbt sind, einigte man sich, daß zunächst für Röhschenbroda eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt wird. Der Inhaber des weiteren maßgebendsten Betriebs am Orte, Herr Wetter, erklärte sich damit ebenfalls einverstanden, ebenso später die übrigen Meister. Es wurde darauf vereinbart, daß der gegenwärtig bestehende Tarif um 10 Prozent, der Mindeststundenlohn um 5 Pf. erhöht und die Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden reduziert wird. Circa 6 Prozent Erhöhung des Tarifs, die Erhöhung des Mindestlohnes und anderthalb Stunden Arbeitszeitverkürzung kommen sofort zur Einführung, circa 4 Prozent Erhöhung des Tarifs und anderthalb Stunden Arbeitszeitverkürzung zum 1. April 1908. Kollegen, hiermit ist der Anfang zu einem weiteren Fortschritt in der Erhebung der Lebenslage der Korbmacher begonnen. Mögen nun alle sächsischen Berufskollegen dafür sorgen, daß unsere Organisation eine einheitliche wird und überall zunächst mindestens die Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden, wie sie nun in Röhschenbroda bestehen. Endergültige Agitation für die Ausbreitung unseres Verbandes ist nun die Hauptpflicht für die Kollegen im Korbmacherberuf.

Landsberg a. M. (Drechsler.) In der letzten Sektionsversammlung sprachen sich die Kollegen über die Lage des Berufs und über die Konsequenz an. Nach langem Drängen hat sich nun auch unser Hauptlohn zur Drechslerkonferenz bewegen lassen. Unsere Kollegen sehen mit der größten Freude der Konferenz entgegen und hoffen auf den besten Erfolg, da es doch an der Zeit ist, auch für unser Handwerk etwas zu schaffen. Als Tagungsort wurde Leipzig befürwortet. Für die Tagesordnung wurden folgende Punkte vorgeschlagen: 1. Die Lage der Drechsler im allgemeinen. 2. Einführung einheitlicher Preise bei der Fabrikation von Massenartikeln. 3. Festsetzung eines Minimallohnes. 4. Mehr Agitation in der Organisation. Zuletzt wurde noch gewünscht, daß der Hauptvorstand die Konferenz auf nicht eine zu lange Bank schieben möchte; er möchte sich so bald wie möglich damit befassen, da doch das größte Hindernis jetzt vorüber ist.

Ludwigsburg. In bezug auf die Meister kann ich mich mit den Beschlüssen des Hauptvorstandes und des Parteivorstandes nicht einverstanden erklären, und habe dies auch schon in verschiedenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht, wo ich aber mit meinen Ausführungen nur schwachen Anklang fand. Wenn etwas bezweckt worden ist mit den Beschlüssen betreffs der Meister in diesem Jahr, so nur, daß das, was nach jahrelangen Kämpfen und Verhandlungen erzielt wurde, leichten Kaufs wieder aufgegeben worden ist. Es wird langer Zeit bedürfen, bis diese Scharte wieder ausgeglichen ist. Wir haben einen Rückzug angetreten, und man kann das auch täglich in dem Benehmen der Unternehmer wahrnehmen. Wie die Beteiligung der Meister ausgefallen ist, kann man sich denken, wenn man die sonstigen Verhältnisse am hiesigen Platze kennt, speziell die der Holzarbeiter. Es muß geradezu wie Hohn klingen, wenn man von einem organisierten Arbeiter verlangen kann, besonders wenn derselbe noch auswärtig wohnt, was hier bei vielen Kollegen zutrifft, tags über zu schlafen und sich dann abends an der Meisterfeier zu beteiligen. Etwas Unnatürliches kann man sich gar nicht denken, wenn man den richtigen Zweck im Auge hat, den die Meister erfüllen soll. Durch die Meisterfeier soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die gesamte Arbeiterschaft zusammen gehört, damit sie einen Fels bildet, an dem das Ungeheuer des Kapitals zerschellt, und daß sie an den Schöpfungen der Kultur teilnehmen will mit gleichen Rechten. Gerade hier in Ludwigsburg, wo wir es mit einem

Innangsvorstand den neuen Vertrag bereits rechtsverbindlich unterzeichnet hat, hat derselbe einer Innangsvorstellung bisher noch nicht vorgelegen; ein Teil der Meister sucht sich nun um den neuen Vertrag herumzudrücken und gibt dieses zu Werkstattdifferenzen mehrfachen Anlaß. Besonders die auswärtigen und reisenden Kollegen mögen diese gegenwärtige Situation in Dresden beachten.

Mehrere Kollegen werden nun die vertraglichen Bedingungen auch im Bezirk der früheren Zahlstellen Potschappel und Gainsberg zur Durchführung bringen. Die Schwierigkeiten und Differenzen im Bezirk der Zahlstelle Dresden sind also noch nicht erledigt, darum ist der Zugang nach den Betrieben, welche nicht dem Schutzverband angehören, gesperrt.

Bei der Firma Seidel & Naumann, Nähmaschinenfabrik, dauert der Streik fort. Zugang ist ferngehalten.

In Freiburg i. B. wurde der vor zwei Jahren abgeschlossene Tarif im Schreinerhandwerk von unseren Kollegen sowie vom christlichen Verband auf den 1. Mai gekündigt. Nach wiederholten Verhandlungen wurde ein neuer Tarif abgeschlossen, der bis zum 1. Mai 1910 gilt. Durch diesen Vertrag wird der Stundenlohn am 1. August 1907 und am 1. Oktober 1908 um je 2 Pf. erhöht. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden und Akkordarbeit darf von keiner Seite aufgezungen werden. Nun liegt es an den Freiburger Kollegen, dafür zu sorgen, daß der neue Vertrag auch eingehalten wird. Die Kollegen müssen die Versammlungen stets besuchen und nicht glauben, daß wenn man die Beiträge bezahlt hat, alles getan ist. Jeder einzelne muß mithelfen, die Zahlstelle immer mehr auf die Höhe zu bringen, und jede Gelegenheit muß benützt werden, die Indifferenten aufzufuchen und für uns zu gewinnen.

In Halle a. S. ist unter Anerkennung des Schiedsspruchs seitens der Arbeitgeber die Arbeit am 17., 18. bezw. 22. Mai wieder aufgenommen worden. Nicht anerkannt haben bisher den Schiedsspruch die Inhaber der Tischlereien von Kruppenstedt und Fuchs sowie der Pianofortefabrikant Ritter; der letztere versteift sich darauf, daß er keine Leute mehr brauche, weil er jetzt seine Arbeiten von Schwitzmeistern aus Berlin billiger geliefert erhält. Auch ein Coup, den die Schlichtungskommission auf seinen wahren Wert noch zu untersuchen hat.

Die Firma Ritter, Pianofortefabrik, weigert sich, den Vertrag, welcher zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband abgeschlossen wurde, anzuerkennen. Unsere Kollegen haben darum die Arbeit in diesem Betrieb nicht aufgenommen, worauf unsere auswärtigen Kollegen besonders hingewiesen werden.

In Thorn hatten die Tischlermeister den Gesellen einen neuen Akkordtarif unterbreitet, der aber, da in ihm wesentliche Verschlechterungen enthalten waren, von den Gesellen abgelehnt wurde. Nachdem sich der allgemeine Schutzverband der Holzindustriellen dazwischen gemischt hatte, wurde den Gesellen mit Aussperrung gedroht. Es kam jedoch anders. Durch eine Kommission, in der die Organisationsvertreter des Holzarbeiterverbandes und des Gewerbevereins der Tischler vertreten waren, kam dann noch ein Vertrag zustande, welcher für das nächste Jahr eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde und 1 Pf. Lohnerhöhung, für das dritte Vertragsjahr abermals eine Verkürzung um eine Stunde und 2 Pf. Lohnerhöhung und bei Akkordarbeit eine dreiprozentige Preiserhöhung vorsieht. Der Vertrag läuft mit den Berliner Verträgen ab. Daneben sind noch eine Reihe anderer Bestimmungen enthalten, so unter anderem Lohnsicherung bei der ersten Arbeit, welche in Akkord gemacht wird, und kann bei unbilliger Lohnzahlung das Arbeitsverhältnis gelöst werden und ist dem Gesellen dann der volle Lohnsatz und Restlohn auch bei Akkordarbeit zu gestanden. Es wäre nur zu wünschen, daß sich auch der letzte der Thorer Tischler organisieren möchte, damit den Unternehmern auch jederzeit die richtige Antwort gegeben werden könnte. Also, auf ihr Thorer Tischler, hinein in die Organisation.

In Tullingen ist es gelungen, in fünf Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit (seiner 10 1/2 Stunden) einzuführen und eine zehnprozentige Lohnerhöhung ohne Ausstand durchzusetzen. Wenn unsere Kollegen nicht lau werden, wird es nur eine Frage der Zeit sein, und der zehnstündige Tag ist die ursprüngliche Arbeitszeit.

In Wismar ist es in der Waggonfabrik zur Arbeitseinstellung gekommen. Bis vor Jahresfrist hielten die meisten daselbst beschäftigten Holzarbeiter es nicht für notwendig, sich einer Organisation anzuschließen. Als aber im Anfang vorigen Jahres ein neuer Betriebsingenieur in die Fabrik eintrat, änderte sich die Sache. Dieser junge Mann brachte es bald fertig, daß er eines schönen Morgens auf der Tischlerwerkstatt ausgepfiffen wurde und daß die Arbeiter bald Anschluß an eine Gewerkschaft suchten. Im Juni v. J. kam dann noch ein neuer kaufmännischer Leiter ins Geschäft, und die Geschichte konnte losgehen. Zuerst wurde die 14tägige Lohnzahlung eingeführt. Auf Vorstellungen der Arbeiterschaft, die sich diese Verschlechterung nicht stillschweigend gefallen lassen wollte, wurde dann wenigstens in der Zwischenzeit ein Abschlag von 15 Mk. gewährt. Als hierüber etwas Ruhe eingetreten war, begann man die Akkordpreise systematisch zu drücken. Heute wurde diese Kolonne, morgen jene, bald die Holzarbeiter, bald die Metallarbeiter mit einem Abzug beglückt. Das stillschweigende Dulden dieser Abzüge im vorigen Jahre wurde von der Betriebsleitung als Schwäche der Arbeiter gedeutet, und man begann im April d. J. wiederum mit Abzügen bei den Metallarbeitern. Die Abzüge betragen bei den verschiedenen Artikeln 10 bis 40 Prozent. Als diese Abzüge bekannt wurden, beschloffen die Metallarbeiter, die Zurücknahme der Abzüge zu verlangen. Der Kommission wurde darauf vom Betriebsleiter erklärt, daß er dieses nicht könne und die Arbeiter warten möchten, bis der Chef zurückgekehrt sei. Die Arbeiter warteten bis zur Rückkehr des Chefs, und die Antwort war, sie sollten warten, am 16. Mai käme ein neuer Ingenieur, der sollte die Preise zu aller Zufriedenheit regeln. Von Zurücknahme der Abzüge war keine Rede. Dieses Verbot faßten die Metallarbeiter als Lohn auf und legten sie am 28. April geschlossen die Arbeit nieder; es waren zirka 280 Mann. Am 31. April sperrte die Fabrikleitung dann sämtliche organisierte Arbeiter aus, zirka 350 Mann, davon 95 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Der Fabrikleitung ist es,

wie es scheint, darum zu tun, die Organisation zu vernichten, denn sie erlaubt jedem, der aus derselben austritt, weiter zu arbeiten. Von uns hat nur einer (derselbe war acht Tage Mitglied), ein ehemaliger Meister, von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht. Vom Gewerbeverein der Tischler (Hirsch-Duncker) haben sich schon wieder 7 Stellmacher angebetelt. Von den streikenden Metallarbeitern ist noch keiner abgefallen und hat die Fabrik noch nicht einen einzigen Metallarbeiter als Streikbrecher erhalten. Wenn wir keinen Zugang zu verzeichnen haben werden, wird die Leitung schon mit den Ausständigen unterhandeln müssen. Der Angriff auf die Organisation wird auch aufschanden werden an der Gimmigkeit aller Ausständigen. Sorge daher ein jeder dafür, daß kein Zugang nach Wismar stattfindet.

Mittlerweile ist der Streik, da sich immer mehr Arbeitswillige fanden, ergebnislos abgebrochen worden. Die Fabrikleitung hat der Streikleitung zugestanden, daß sie nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Neuregelung der Akkordverhältnisse vornehmen werde. Es gilt jetzt für uns, aufzupassen, daß diese Neuregelung für uns keine Verschlechterungen bringt, und das ist möglich, wenn wir auch weiter so geschlossen in der Organisation handeln wie bisher. Am meisten haben an diesem ungünstigen Ausgang des Kampfes wieder die Hirsche Schuld, denn von ihren 80 Beteiligten sind nicht weniger als 20 Mann, ein Viertel, arbeitswillig geworden.

Ausland.

In Zürich ist die Bürstenfabrik von Robert Diethelm (Zürich III) gesperrt. Alle Anfragen und Berichte sind an den schweizerischen Zentralarbeitsnachweis, Gruppe Bürstenmacher, Eintracht, Neumarkt 5, Zürich I, zu richten.

Aus Dänemark: Der Arbeitgeberverband von der Bürstenindustrie hat am 30. März seine Arbeiter ausgesperrt. Es wird gebeten, Zugang nach Dänemark fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Die Aussperrung im Spiegel der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Presse.

Es ist nicht ohne Interesse, die Haltung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organe zum Ausgange des Kampfes in der Holzindustrie zu beobachten. Hat doch dieser Kampf große Bedeutung auch für die Entwicklung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisation und das künftige Verhalten des Deutschen Holzarbeiterverbandes ihnen gegenüber.

Da ist zunächst festzustellen, daß der christliche „Holzarbeiter“ sich während der ganzen Dauer des großen Kampfes recht gut gehalten hat. In anerkannter Weise hat er stets erkennen lassen, daß die Sache der Ausgesperrten auch seine Sache sei. Das hat gute Wirkung getan auch auf die an der Aussperrung beteiligten christlichen Kollegen, die während der ganzen Dauer des Kampfes treu zur Fahne gehalten haben. Diese Stellungnahme wurde dem christlichen Holzarbeiterverband allerdings insoweit wesentlich erleichtert, als für ihn nur verhältnismäßig wenig Kollegen in Betracht kamen, insgesamt wohl nur wenig mehr als 100 Mann. Immerhin soll die gute Haltung der christlichen Kollegen und ihres Organs im Kampf gern anerkannt werden. Sie haben bewiesen, daß sie die Lehren von Eblm gut begriffen haben.

Auch über den Ausgang des Kampfes berichtete der christliche „Holzarbeiter“ objektiv. Wenn er allerdings davon redet, daß der Kampf, rein materiell betrachtet, „nicht ganz vergeblich geführt“ worden sei, so hat er wohl das Augenmaß für die ganze Größe des Erfolges verloren. In den Erfolgen der christlichen Kollegen an anderen Orten gemessen, wo kein Machtkampf gegen die christliche Organisation geführt und doch ziemlich erhebliche Vorteile errungen worden sind, wo der Deutsche Holzarbeiterverband in der denkbar ungünstigsten Zeit „auf der ganzen Linie“ in die Abwehr gedrängt wurde, haben wir einen großen materiellen Erfolg errungen.

Im neuesten „Holzarbeiter“ machen sich die Christlichen eine schulmeisterliche Kritik der lokalistischen Einigkeit „in manchen Punkten“ zu eigen, da aber nicht gesagt wird, in welchen Punkten, erübrigt sich ein Eingehen auf diese Dinge. Wenn der „Holzarbeiter“ in derselben Nummer aber von einer „Unzufriedenheit und Mißstimmung auf der ganzen Linie“ in unseren Kollegentreisen spricht, so muß doch festgestellt werden, daß diese „Mißstimmung“ in der teilweise einstimmig, teilweise mit großen Mehrheiten erfolgenden Annahme der Vereinbarungen durch unsere Kollegen nicht zum Ausdruck kommt. Sogar unsere Berliner Kollegen stimmten mit 4705 gegen 1861 Stimmen dem Abkommen zu. Die Mißstimmung, von der der christliche „Holzarbeiter“ redet, ist in jeder, auch der erfolgreichsten Angriffsbewegung unter den Kollegen anzutreffen, wohl auch bei den christlichen Kollegen.

Große Unzufriedenheit mit dem Ausgang des Kampfes munt jetzt die Hirsch-Dunckersche „Eiche“. In Nr. 19 hatte sie über die Verhandlungen mit dem Schutzverband berichtet, wie wenn es sich um solche des Gewerbevereins und nicht um Verhandlungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit der Unternehmerorganisation handelte. Daß der Gewerbeverein bei der ganzen Sache „nix to seggen“ hatte, das konnten die Hirsche erst von der „Holzarbeiter-Zeitung“ erfahren, von der „Eiche“ wurde dieses Faktum schamhaft verschwiegen. In Nr. 20 wurde über den Ausgang des Kampfes berichtet, dabei wurden aber die durch freie Vereinbarungen zwischen dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes und dem des Schutzverbandes erzielten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an den Aussperrungsorten, die doch die Haupterrungenschaften der Arbeiter in diesem Kampfe bilden, einfach unterschlagen, um die Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes recht

gering erscheinen zu lassen. Auch hier wird viel von der Mißstimmung unserer Kollegen über den Ausgang dieses Kampfes geschrieben, wohl nur um die Mißstimmung der eigenen Gefolgschaft über die blamable Verrätertatk der Hirsch-Dunckerschen Leitung zu betäuben. In der neuesten Nummer legt die „Eiche“ nochmals in längeren Ausführungen dar, daß die Arbeitgeber, die Bundesgenossen der Hirsche, nicht nötig hätten, „mit dem Ausgang des Kampfes unzufrieden zu sein“. Wenn das der Fall wäre, so hätten das die Holzarbeiter doch lediglich den Gemeinereien der mit den Unternehmern verbündeten Hirsch-Dunckerschen Verräter zu verdanken. Zum Glück prahlt die „Eiche“ auch in diesem Falle, wie immer, zu unrecht über die Erfolge der Hirsch-Dunckerschen Sache. Denn „Erfolge“ haben die Hirsche hier im Kampfe für die Unternehmer ebenfalls aufzuweisen gehabt, wie sonst im Kampfe gegen die Unternehmer. Die Kollegen können sich darüber am besten aus unseren Leitartikeln in Nr. 20 und 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ informieren.

Natürlich kann die „Eiche“ auch das Lügen nicht lassen, wie ihre Behauptung, der Holzarbeiterverband habe sich verpflichtet, im Jahre 1910 keine Forderungen in bezug auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu stellen. Von der unsauberen Hirsch-Dunckerschen Gesellschaft ist eine andere Haltung nun einmal nicht zu gewärtigen.

Bemerkenswert ist an dem neuesten Artikel der „Eiche“ noch das Eingeständnis, daß Herr Wambach mit einem anderen Hirschkollegen — wir vermuteten, es sei Herr Schumacher, er hatte aber einen Vertreter gesandt — tatsächlich während der Verhandlungen über den Lübecker Vertrag den Unternehmern vor dem Gewerbegerichtskolal Schmiere gestanden hat. Die Hirsche scheinen auf diese Leistung noch stolz zu sein, was nach den grandiosen Leistungen der Hirsche in bezug auf Arbeiterverrat und Streikbrecherei nicht gerade verwunderlich erscheint.

Kurios macht sich die Behauptung der „Eiche“, die Arbeitszeitverkürzungen in der Provinz seien recht gut ohne Kampf zu erzielen gewesen. In den ganzen Streikbrecherverträgen, die von den Hirschen an den Aussperrungsorten abgeschlossen worden sind, ist von diesen Arbeitszeitverkürzungen keine Rede. Erst durch den Kampf unserer Kollegen gegen die verbündeten Hirsche und Unternehmer war dieser Erfolg zu erringen, von dem allerdings auch die Hirsche Nutzen ziehen. Denn bisher hat man nichts davon gehört, daß die Hirsche, die sich den Unternehmern um ein Dinsengericht verkaufen, jetzt, wie sie bei Beginn des Kampfes prahlten, auf unsere Errungenschaften verzichten.

Die „Fachzeitung“ hat die Sprache wiedergefunden. Ein halbes Jahr hat sie unausgesezt gegen die Arbeiter scharf gemacht, mit vollen Baden blies sie immer wieder zum heiligen Krieg gegen den Holzarbeiterverband, endlich einmal sollte dieser Arbeitergewerkschaft, die es wagte, den heiligen Profit der Unternehmer zu schmälern, gründlich ein auf's Haupt gegeben werden. Das besorgte einstweilen mit einem Aufwand von vielen und großen Worten die „Fachzeitung“, da aber Worte und Taten gemeinlich auseinander sind, prophezeite sie auch in großen Worten die Taten. So konnte man monatelang das ergötliche Schauspiel erleben, daß die „Fachzeitung“ uns kräftig tot rebete, daß aber die viel prophezeiten Taten unterblieben. Mittlerweile wurde aber die „Fachzeitung“ still, recht still, und die Gesichter der Schutzverbandsführer wurden länger und länger, es war mit der prophezeiten Tat wieder einmal nichts, und all die großen Worte waren für die Katz. Und die „Fachzeitung“ wurde immer stiller. Sie hatte wohl eins auf ihr großes Mündchen bekommen, oder war ihr der Schreck in die Glieder gefahren über all den schweren Schlägen, die sie und ihre Begleiter von dem Gesichts wider den Holzarbeiterverband mit nach Hause nehmen durften. Kurzum, die „Fachzeitung“ hat die Sprache verloren.

Jetzt aber hat sie die Sprache wiedergefunden; es sind ja schon 14 Tage ins Land gegangen, seit sie infolge der kräftigen Abreibung, die ihr vom Holzarbeiterverband zuteil wurde, nichts mehr zu sagen hatte, und so höhnt sie die Holzarbeiter, weil sie in dem großen Kampfe so wenig errungen hätten.

Wir werden uns das für die nächste große Auseinandersetzung, die wir spätestens in drei Jahren mit dem Schutzverband haben, merken, und wir werden die Herren Unternehmer daran erinnern, daß alle diese errungenen Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen im Grunde genommen nichts sind, sondern sie selbst der „Fachzeitung“ lächerlich gering erscheinen.

Sonderbar bei der Sache ist allerdings, daß diese geringen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse der „Fachzeitung“ immer noch zu groß sind, und daß sie deshalb ein gut Teil davon hinweglügt. Denn eine Seite vorher lügt sie die Arbeitszeitverkürzungen, die durch die Aussperrung in Oldenburg, Bernau und Lübeck erzielt worden sind, einfach hinweg. . .

Die Sprache hat die „Fachzeitung“ wiedergefunden — sie kann die Arbeiter wieder fleißig höhnen —, aber die Wahrhaftigkeit scheint's noch nicht. Sonst könnte sie nicht — und zwar in derselben Nummer, wo sie von den geringen Erfolgen der Arbeiter rebet — wichtige Errungenschaften der Arbeiter einfach wegstamotieren.

Wer den Schaden hat . . . Über „Das Ende des Kampfes in der Holzindustrie“ berichtet auch die ultramontane „Märkische Volkszeitung“. Zunächst berichtet sie über die Errungenschaften der Arbeiter in diesem Kampfe, wobei sie aber die hauptsächlichsten materiellen Erfolge, die in den gegenseitigen Verhandlungen zwischen den Leitungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Schutzverbandes von den Arbeitern errungen worden sind, verschweigt. Dann schreibt sie:

„Jedenfalls war der Erfolg des großen Streiks ein sehr problematischer und der Anstrengungen, abgesehen von den ungeheuren Geldopfern, gar nicht wert. In langsame stetiger Arbeit wären auch die oben angegebenen Resultate erreicht worden. Neben den Millionen, die die

Arbeiter verloren, kommen doch auch die Millionen, die die Arbeitgeber verloren haben, in Betracht. Und das alles nur deswegen, weil einige ehrgeizige Redner Volksführer — sagen wir lieber Verfäherer — sein wollen.

Da in diesem Falle nur die Unternehmer, nicht die Arbeiter gestreift haben, kann sich die lebenswürdige Titulation — „einige ehrgeizige Volksführer“, „Verführer“ — nur an die Adresse der Herren Mahardt, Bru und Blathen richten. — Das hat aber unseres Erachtens Herr Mahardt wirklich nicht um die ultramontanen Arbeiterpersplitterer verdient, daß er von ihnen jetzt so beschimpft wird.

Gleicher Lohn für Heim- und Betriebsarbeiter. Eine prinzipielle und wichtige Entscheidung für alle Heimarbeiter hat das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichtes gefällt.

In der Berliner Stöckindustrie bestanden wegen des Kampfes in der Holzindustrie Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Arbeitgeber benutzten den tariflich bestimmten Arbeitsnachweis der Holzindustriellen nicht mehr, sondern nahmen neue Arbeitskräfte, und zwar Heimarbeiter zu niedrigeren als tariflich bestimmten Löhnen an und entließen alte, dem Holzarbeiterverband angehörende Arbeiter. Deswegen wurde das Einigungsamt von den Arbeitnehmern angerufen, das folgenden Schiedsspruch fällte: „Arbeiten dürfen an Heimarbeiter nicht zu billigeren Löhnen übergeben werden, wie in den Betrieben gezahlt werden.“ Hiernach muß also in denjenigen Betrieben, in denen für Betriebsarbeiter ein Minimallohn tariflich festgelegt ist, derselbe Lohn den Heimarbeitern gezahlt werden.

Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Wie das „Reichsarbetsblatt“ berichtet, war die Beschäftigung im Monat April in den Sägewerken und in den Holz bearbeitenden Betrieben vielfach infolge der Berliner Holzarbeiterausperrung gering. Aus Königsberg wird hiergegen gemeldet, daß der Geschäftsgang gegenüber dem Vormonat erheblich zugenommen hat. In Oberbayern hielt die gute Lage der Vormonate an. Die Ristenfabrikation war nach dem vorliegenden Bericht ziemlich schwach, hingegen die Fassfabrikation gut, wie immer zu dieser Zeit, beschäftigt. Über die süddeutsche Möbelfabrikation wird aus Stuttgart berichtet, daß sämtliche Betriebe, hauptsächlich die großen Fabriken, gut zu tun gehabt hätten. Die Nachfrage nach guten Arbeitskräften konnte nicht befriedigt werden. Der gute Beschäftigungsgrad im Wagenbau hielt auch im April an. Dasselbe wird vom Eisenbahnwagenbau gemeldet. Der schon im Vormonat gemeldete Arbeitermangel Norddeutschlands dauerte fort. In der Ristenindustrie war der Beschäftigungsgrad durchweg gut. Vielfach herrschte Arbeitermangel.

Die Zellulose- und Korkefabrik A. Hagedorn & Cie. in Osnabrück ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Das Aktienkapital beträgt 1 Million Mark.

Rüstenfabrik Erlangen Akt.-Ges., vormals Emil Kränglein, Erlangen. Die Gesellschaft verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder wie im Vorjahr eine Dividende von 9 Prozent.

Der **Serbische Holzarbeiterverband** hat außer in Belgrad noch in sechs anderen Städten des Landes Zahlstellen und insgesamt 600 Mitglieder. Seine Jahreseinnahme betrug 12 240 Fr., die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung 418 Fr., Reiseunterstützung 321 Fr., Unterstützung fremder Streiks 180 Fr., Rechtsschutz 183 Fr., Agitation 153 Fr. Der Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1906 war 2989 Fr. — Der Verband hatte im Jahre 1906 den großen Tischlerstreik in Belgrad zu bestehen, in welchem die Arbeiter unter anderem eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine Erhöhung der Akkordpreise um 15 Prozent forderten. Der Streik, an welchem 218 Kollegen beteiligt waren, hat 133 Tage gedauert und 5935 Fr. Kosten an Streikunterstützung erfordert. Über 80 Tage Haft und 6 Ausweisungen wurden über die Streikenden verhängt. Auch ein zweiter Streik (in Wasjevo) wurde nach 14 tägiger Dauer siegreich zu Ende geführt. Leider bestehen gegenwärtig wieder ernste Differenzen in Belgrad. — Der Verband wird auf dem Internationalen Holzarbeiterkongress in Stuttgart durch einen Delegierten vertreten sein.

Gewerkschaftliches.

Eine Gründung des Reichslügenverbandes.

Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie will sein Tätigkeitsgebiet nun auch auf das wirtschaftliche Gebiet ausdehnen und durch die Gründung gelber Gewerkschaften die Arbeiter noch weiter zersplittern, als das schon früher der Fall war. Zu Pfingsten hat in Hamburg eine Versammlung getagt, in welcher ein „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ gegründet wurde. Als Nachher von Ganze fungierte ein bekannter Reichsverbandsgeneral namens Ermert, der den erschienenen Delegierten — es heißt, daß sich 37 Vereine mit 7000 Mitgliedern dem Bund angeschlossen hätten — den Zweck der Gründung auseinandersetzte. In den Satzungen der Organisation heißt es:

„Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Männer, die zu Unternehmern oder Unternehmungen in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, ohne Unterschied ihrer kirchlichen oder parteipolitischen Stellung zum Kampfe gegen die politisch wie wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie zu vereinen. In diesem Sinne betrachtet es der Bund als seine besondere Aufgabe, die Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, aber im ausdrücklichen Gegensatz zu der Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf. — Der Zweck des Bundes ist die sittliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Hebung der Lage aller Arbeitnehmer. — Der Bund schließt die Erörterung von kirchlichen und parteipolitischen Fragen aus, wohl aber beschäftigt er sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, namentlich insofern sie

die Verhältnisse der Arbeitnehmer betreffen. — Insbesondere erstrebt der Bund: ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und zu erhalten; etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Möglichkeit auf dem Wege friedlicher Verhandlung und ohne Arbeitseinstellung zum Austrag zu bringen; dem sozialdemokratischen Terrorismus, auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet tatkräftig entgegenzutreten. — Der Bund wird bestrebt sein und wird in diesem Sinne auch auf seine einzelnen Vereine einwirken, daß jeder Gegensatz zu anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen vermieden werde, vielmehr soll eine Gemeinsamkeit von Fall zu Fall in Rat und Tat erstrebt werden.“

Der Annahme der Statuten ging eine interessante Diskussion voraus, in welcher sich zeigte, daß selbst bei den Arbeitern, die bereit sind, sich willig in das Foch des Reichslügenverbandes spannen zu lassen, das Klaffende nicht vollständig erstorben ist. Von verschiedenen Seiten wurde gegen die grundsätzliche Ausschaltung des Streiks und dagegen opponiert, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie als die Hauptaufgabe des Bundes bezeichnet wird; doch hinderte diese Opposition nicht die unveränderte Annahme des vorgelegten Statutenentwurfes. Um ihre Loyalität zu beweisen, hat die Versammlung Wilhelm II. und Bülow an telegraphiert, und wurden diese Telegramme prompt erwidert. Der Reichskanzler teilte telegraphisch mit, daß ihn der Gruß der neubegründeten gewerkschaftlichen Filiale des Reichslügenverbandes aufrichtig gefreut habe, was wir ihm, als dem Protektor jener Organisation, aufs Wort glauben. Übrigens hatte der Reichsverband außer seinem Agenten Ermert noch einen leibhaftigen General, den Herrn v. Gersdorff, zu den braven Arbeitern delegiert, der den Delegierten die Unterstützung des Reichslügenverbandes zusagte.

Daß dieses Versprechen ernst gemeint ist, ist nicht zu bezweifeln, etwas anderes ist es aber, ob die Unterstützung den „vaterländischen“ Arbeitern auf die Beine helfen wird. Es bedarf keiner besonderen Prophetengabe, um der Arbeiterorganisation von Lügenverbandes Gnaden ein kurzes Leben zu prophezeien. Das liebevolle Interesse, welches hochgestellte Feinde der Arbeiterbewegung der jungen Sumpfpflanze entgegenbringen, wird wohl dazu beitragen, daß die „nationalgefinnte“ Presse in nächster Zeit eine aufdringliche Reklame für die Gesellschaft inszenieren wird, aber dann wird die Geschichte sanft einschlagen. Das Klassenbewußtsein ist in der deutschen Arbeiterschaft so stark entwickelt, daß daran der Versuch scheitern muß, eine Arbeiterorganisation von nennenswerter Bedeutung ins Leben zu rufen, die sich gegen das Klasseninteresse der Arbeiter richtet.

Die **Bauarbeiterausperrung in Berlin** hat, wie angekündigt, zu Pfingsten begonnen. Gegen 30 000 Bauarbeiter sind zunächst von ihr betroffen, doch dürfte sie sicher eine bedeutende Erweiterung erfahren, da seitens der ausperrenden Unternehmer mittels der syndizierten Mörbwerke ein Druck auf die nichtausperrenden Unternehmer ausgeübt wird zwecks Beteiligung am Kampfe. Wir werden demnächst eine eingehende Schilderung des Kampfes bringen.

Gewerkschaftsorgane mit mehr als 100 000 Auflage haben wir in Deutschland jetzt 7, nicht 6, wie wir in letzter Nummer unserer Zeitung berichteten. In den dort verzeichneten kommt noch der „Proletarier“ des Fabrikarbeiterverbandes, der ebenfalls über 100 000 Auflage zählt. **Im Buchbinderverband** wurde kürzlich eine Arbeitsimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung respektive über die Zahlung eines erhöhten Beitrags bei Einführung der Invalidenunterstützung vorgenommen. Für Einführung der Invalidenunterstützung stimmten 5234, dagegen 6841 Mitglieder, für Zahlung eines erhöhten Beitrags bei Einführung der Invalidenunterstützung 4962, dagegen 6967 Mitglieder.

Der **Frankfurter Verband** kam auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Er wurde im Jahre 1897 in Hildesheim gegründet. Der Verband ist Träger einer sich über ganz Deutschland erstreckenden Tariftgemeinschaft.

Im **Friseurverband** ist durch Abstimmung beschlossen worden, auf je 100 Mitglieder einen Delegierten zur Generalversammlung zu wählen. Dagegen wurde der Antrag auf Verschiebung des Termins der Generalversammlung auf März kommenden Jahres abgelehnt.

Im **Gärtnerverband** wird ein Extrabeitrag von 25 Pf. für die Dauer von vier Wochen erhoben, um die Hauptkasse nach den diesjährigen Lohnkämpfen, die nunmehr abgeschlossen sind, zu stärken. Die Mitgliederzahl, die im letzten Jahre durchschnittlich 4605 betrug, ist inzwischen auf rund 5000 angewachsen.

Der **Graveur- und Bismarckverband** zählte Ende 1906 2356 Mitglieder, Ende 1906 dagegen deren 2764, so daß im Jahre 1906 also ein Mitgliederzuwachs um 408 zu verzeichnen ist. Der Verband dürfte sich in kurzem dem Deutschen Metallarbeiterverband angliedern.

Der **Handels- und Transportarbeiterverband** besteht nunmehr 10 Jahre. Er kann auf eine ungemein erspriessliche Tätigkeit zurückblicken. Bei seiner Gründung im Jahre 1897 bestanden 27 Ortsgruppen mit wenigen tausend Mitgliedern, Ende 1906 bestanden deren 257 mit 81 784 Mitgliedern, zurzeit dürfte eine Mitgliederzahl von annähernd 100 000 erreicht werden; hat doch der „Courier“, das Verbandsorgan, bereits eine Auflage von 100 000 erreicht. Das ist ein großer organisatorischer Erfolg, der um so bedeutungsvoller ist, als er unter einem schwer zu organisierenden Arbeiterelement erzielt wurde. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Verband große Erfolge erzielt. An Einnahmen verzeichnete der Verband während dieser 10 Jahre die Summe von 3 705 671,43 Mk., denen eine Ausgabe von 3 196 399,63 Mk. gegenübersteht. Von den Ausgaben entfallen nicht weniger als 649 162,97 Mk. auf verschiedene Unterstützungen (Arbeitslosen, Kranken-, Notfallunterstützung und Rechtsschutz) und 695 984,89 Mk. auf Lohnbewegungen und Streiks. Für Agitation und Presse wurden im selben Zeitraum 681 088,54 Mk. verausgabt.

Der **Lehrerverband** hielt seinen Verbandstag vom 12. bis 17. Mai in Berlin. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die schon auf dem vorigen Verbandstag diskutiert wurde und dort den Beschluß zeitigte, den Verbandsvorstand mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage zu beauftragen. Die Einführung dieses Unterstützungs zweiges ist wegen der verschiedenen Interessen der Werkstättenarbeiter und der Pfenscher mit Schwierigkeiten verbunden und würde eine beträchtliche Erhöhung der Beiträge erforderlich machen. Es wird daher von verschiedenen Seiten empfohlen, zunächst die angebahnte Verschmelzung des Verbandes mit den Organisationen der Glas- und Porzellanarbeiter abzuwarten. Der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird schließlich mit 88 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die vom Vorstand mit den Vertretern ausländischer Bruderorganisationen getroffenen Vereinbarungen wurden von der Generalversammlung bestätigt und zum internationalen Sekretär der Verbandsvorsitzende Dummel gewählt. Die Beiträge, welche seither je nach der Lohnhöhe 35, 45, 55 und 65 Pf. betragen haben, werden in allen Klassen um 5 Pf. erhöht, arbeitslose Mitglieder die bisher 15 Pf. wöchentlich zu zahlen hatten, sind künftig beitragsfrei. Bei großen Streiks ist der Verbandsvorstand berechtigt, den Beitrag mindestens zu verdoppeln. Die Unterstützungen bleiben in der bisherigen Höhe. Ein Antrag, probeweise zwei besoldete Gauvorsteher anzustellen, wurde abgelehnt, der Verbandsvorstand wurde aber beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über eine neue Gaueinteilung und die Anstellung besoldeter Gauvorsteher zu machen. In den von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskursen sollen jährlich drei bis fünf Mitglieder teilnehmen, die vom Vorstand ernannt werden. Die bisherigen Beamten des Verbandes wurden wiedergewählt.

Die **Verschmelzung des Deutschen Lithographenbundes mit dem Senefelderbund** ist nun endgültig beschlossen, nachdem ein früherer Beschluß durch das veräterische Treiben einiger Mitglieder vereitelt worden war. Die gewerkschaftliche Verschmelzung findet am 1. Juli 1907 statt. Differenzen im Lohn- und Arbeitsverhältnis werden vom 12. Mai ab gemeinschaftlich erledigt.

In **Görlitz** wurde am 15. Mai ein Arbeitersekretariat eröffnet. Dasselbe befindet sich Langestraße 31 part.

Soziale Rechtspflege.

„Kongressbummler“

□ Während die Landesversicherungsanstalten, Berufs-genossenschaften alljährlich oft mehrere Kongresse abhalten, um teils sehr unwichtige Fragen zu diskutieren, verbot man im letzten Jahre zahlreichen Ortskrankenkassen, Mittel für Beschickung ihrer Kongresse aufzuwenden. Natürlich war es nur der preussische Handelsminister in erster Linie, der herausgefunden hatte, daß diese Ausgaben nicht mit den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes zu vereinbaren seien. Demgemäß wachten die Aufsichtsbehörden mit Argusaugen darüber, daß ja keine derartigen Ausgaben den Kassen entstanden, während niemand danach fragte, ob Landesräte und fette Unternehmer aus Mitteln ihrer Invaliden- und Unfallberufsgenossenschaften hohe Diäten für Kongresszwecke erhielten. Endlich fand sich doch ein günstiges Urteil. Das Landgericht zu Bielefeld erkannte vor Jahresfrist, daß auch Ortskrankenkassen für die Delegation dieser Art Kassenmittel verwenden könnten, da unzweifelhaft diese Versammlungen praktischen Wert hätten und den Interessen der Versicherten dienten. Doch die Freude sollte in Kassenkreisen nicht lange dauern. Das Landgericht zu Berlin entschied am 12. Januar 1907 im entgegengesetzten Sinne und erklärte, daß die Beschickung derartiger Kongresse nicht im Interesse der Krankenkassen liegen würde, deshalb Ausgaben hierfür unstatthaft seien. In der Begründung des Aufsehens erregenden Urteils heißt es unter anderem, daß „die Kassendelegierten meist mehr auf ihr Vergnügen bei dem Besuch der Jahresversammlungen, Kongresse usw. aus sind“, daß sie ferner „als einfache Leute auch die zur Beratung stehende Materie doch nicht begreifen könnten“!!!

Das Berliner Landgericht hat also wenig Interesse an den Versammlungen der deutschen Ortskrankenkassen, die von Jahr zu Jahr größerer Beteiligung sich erfreuen und auch von den Arbeitgebern mehr und mehr besucht werden. Ja noch mehr, das Urteil stellt die Delegierten der Kassen als reine „Kongressbummler“ hin, die nur zu ihrem „Vergnügen“ und nicht zu erster Arbeit die Versammlungen besuchen, auch zu dumm, zu ungebildet sind, die zur Beratung stehenden Punkte zu begreifen! Mehr als 20 Jahre praktische Tätigkeit deutscher Ortskrankenkassen und ein solches Urteil, das aber von der gesamten „Ordnungspreffe“ totgeschwiegen wird! Desto größere Beachtung findet dasselbe in Kassenkreisen, und auch zahlreiche Arbeitgebervertreter schließen sich dem Protest an.

So hielt ein Unternehmer die von Genossen Graf-Frankfurt a. M. auf der Jahresversammlung der Ortskrankenkassen der Provinz Hessen-Nassau zu Marburg am 7. April dieses Jahres empfohlene Protestresolution, die einstimmig angenommen wurde, für zu „zäh“, er wollte eine noch schärfere Fassung haben. Es galt, die Krankenkassen Deutschlands vor derartigen „Bemerkungen“ zu schützen!

Briefkasten.

Landberg a. W. Warum trägt denn die Einsendung keine Unterschrift?

— **Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter“.**

Veranstaltungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Sonntag den 2. Juni, vormit- tags 10 Uhr, Branchen-Verammlung bei Drechsler im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal B. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Drechsler-Konferenz, 2. Einleitung einer Drechslerkonferenz, 3. Wahl eines Delegierten zur Konferenz. Alle Kollegen werden um pünktliches Erscheinen dringend ersucht.

Münster. Die Mitglieberversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Gastwirt Gensel, Dintereistraße, statt.

Anzeigen.

Detmold. Bevollmächtigter Heinrich Wesselsmann, Meiersfelderstraße 68, Berleghausen, Centralhalle, Paulinenstraße 6, Dassel, Reiseunterstützung. Um- schauen ist streng verboten.

Freiburg, Schönen. Reiseunterstützung wird vom 1. Juni an jederzeit bei dem Vorstehenden, S. Rüstus, Sandstraße 1, ausbezahlt.

Selmstedt, Kollegen, die in Selmstedt in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich vorher betreffs Auskunft an die Sozialverwaltung zu wenden.

Feina. Die Herberge und der Arbeitsnachweis befinden sich jetzt im Gasthaus zum Löwen (Gewerkschaftshaus), Dassel, Reiseunterstützung, mo- chens tags 7-8 Uhr abends, Sonntags 12-1 Uhr mittags.

Wasing bei München. Der Arbeitsnachweis für alle in der Goldschmiedbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befindet sich in Wasing bei Herrn Franz Büchtemann, Gasthaus zum Münchnerhof, Münchnerstraße 28, wosin alle Anfragen unbedingt zu richten sind.

Wiesbaden. Den reisenden Kollegen zur Nach- richt, daß sich die Zentralherberge der Gewerkschaften vom 1. Juni d. S. ab im Gewerkschaftshaus, Well- ritsstraße 41, befindet, und ersuchen wir die Kollegen, nur dort zu verkehren.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Kämer, Schmalbacherstraße 7 i. Stb. I. Um- schauen ist strengstens verboten. Die Reiseunter- stützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellrifsstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Paul Adl aus Anna, Buchn. 286 411, wird ersucht, das aus der Zentralbibliothek entlehene Buch sofort zurückzugeben. Kollegen seines jetzigen Aufenthaltsortes werden gebeten, ihn darauf auf- merksam zu machen.

Bahnhof Duisburg a. Rhein. Der Tischler Karl Kitzbitt, geb. 10. 12. 1883, zu Röstroth, Buchn. 287 057, wird ersucht, seiner Ver- pflichtung bei dem Kassierer der Bahnhofs Kasse nach- zukommen. Kollegen, die den Aufenthalt des Kitzbitt kennen, werden gebeten, seine Adresse zu senden an den Bevollmächtigten Karl Laubon in Trier, Subemerstraße 81.

Der Tischler Paul Preuß, Buchn. 189 438, geb. zu Sorau i. Schlesien, wird ersucht, seinen Verpflich- tungen gegenüber dem Kollegen D. Krok nachzu- kommen. Kollegen, welche seinen Aufenthaltsort angeben können, werden ersucht, selbiges zu melden an Ernst Wögel in Köbau i. Schlesien, Äußere Bittauerstraße 87, 2. Etg.

Tüchtige Tischler für Tische und Büfets finden dauernd lohnende Stellung bei Richard Saalfeld, Selmstedt Herzogtum Braunschweig.

Ein Maschinenschleifer (Rehmmaschine) und mehrere Bautischler können sofort Arbeit bekommen bei H. J. Gjerding, Nykjöbing F., Dänemark.

Tischlergesellen sucht sofort Karl Hagelberg Goldberg i. Mecklenburg.

2 tüchtige Möbelschreiner, welche gut polieren und mit Maschinen umgehen können, sofort gesucht. Gute Bezahlung. Können auch im Afford arbeiten.

Franz Rybiska, Möbelschreiner Waldmünchen, Oberpfalz.

1-2 Bau- und Möbeltischler, unter- verheiratete, stellt sofort noch ein auf dau- ernde Arbeit K. Mewes, Dampfischlerei Baechen-Langerhütte.

Tüchtige Schreiner für bessere Möbel per sofort auf dauernd gesucht bei hohem Lohn.

Möbelfabrik G. Ehrhardt & Söhne Darmstadt, Feldbergstr. 36.

Mehrere tüchtige Tischlergesellen auf Schlafzimmer und Büfets für sofort und dauernd bei guten Affordbitten gesucht. Desgleichen ein tüchtiger Bildhauer und ein Metzger.

Steinheimer Möbelfabrik Winkelmann & Albert, Steinheim i. Westf.

Tischlergesellen auf Küchenmöbel werden sofort gesucht.

Johannsmühle, Schwedt a. O. Gesucht 2 tüchtige Möbelschreiner auf furnierte Arbeit.

Heb. Baur, Mech. Schreinererei Singen a. S.

Mehrere Umbautischler, 2 Stuhlbaner, 1 Garniturenbauer stellt sofort ein. An- fragen bei der Bahnhofs Sangerhausen.

Ein erfahrener Tischler, der selbständig Rundenarbeit verrichten kann, wird für dau- ernd sofort angenommen.

Hermann Fechner, Christianstadt a. Sober.

Tüchtiger junger Tischler für Bau und Möbel per sofort gesucht.

W. Wolter, Tischlermeister Dassel a. Solling.

Hutformenschler. Sichere, dauernde Arbeit. Reisevergütung.

A. Kremener Hutformenfabrik mit Dampftrieb Berlin

Fehrbellinerstraße 14.

Tüchtiger Cameratischer gesucht.

G. Dürr, Fabrikation phot. Apparate Ausbach (Bayern).

Tüchtiger Drechsler, auf Möbel gelibt, findet dauernde Beschäftigung.

Heinrich Koch, Holzschleiferei mit Dampftrieb, Horn i. Lippe.

Jüngerer Drechslergehilfen sucht Heinrich Weihert, Mech. Drechslererei Sippstadt.

Tüchtiger junger Hornbrechler sofort gesucht.

Rudolf Baumgarten, Hornwarenfabrik, Wald, Rheinland.

Hornbrechler für Türdrückereinslagen für dauernde Beschäftigung auf sofort gesucht.

Gebr. Mentze, Baubeschlagfabrik Hferlohn.

Gesucht 1 Fräser und 1 Hobler. Ver- heiratete bevorzugt.

J. & H. Brockstedt, Neumünster Holstein.

Einem tüchtigen Glasergehilfen (Rahmen- macher) sucht sofort

Franz Machals, Gräfental, Thür.

Ein jungerer tüchtiger Stellmachergehilfen wird sofort gesucht von

H. J. Jelfzen, Scherrebek Nord-Schleswig.

Energischer Werkführer tüchtiger Kammacher, mit den einschlägigen Maschinen gut vertraut, von einer älteren Kammachfabrik für bessere Schildpatt- und Zelluloidware gesucht.

Offerten mit Zeugnis- abschriften und Gehaltsansprüchen unter S. B. 95 an die Exp. d. Ztg. erbeten.

Kammacher auf Schildpatt und Zelluloid, tüchtig im Franzen, sowie perfekte Schildpattflöt- arbeiter finden dauernde Beschäftigung.

Schlager & Best, Darmstadt.

Tüchtiger Kammacher und Blöter bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht.

Schildpattwaren-Fabrik Karl Berge, Hannover.

Korbmacher auf Schwingen, matt und Geschlagen (Bohn 20 Liter Schwingen 45 Pf., anderer Bohn dementsprechend) sucht für dauernd

H. Kühn, Hülshofen a. d. Dröben.

Suche für sofort: Ein Korbmacher auf Großgeschlagen bei erhöhtem Afford.

Karl Apelt, Mühlberg a. Elbe.

2 tüchtige Korbmacher auf weiß und grün Geschlagen bei hohem Lohn gesucht.

Paul Dressler, Weisenberg Ob. Lausitz.

Gesucht 10 tüchtige Korbmachergesellen auf grüne gemattete Körbe und auf Rohr- arbeit.

J. M. W. Heilmann, Samburg Antonistraße 12.

Gewandte Korbmacher auf moderne Peddig- und Rohr- möbel gesucht. Verheiratete Leute bevorzugt. Dauernde und loh- nende Beschäftigung.

Karl Hochherz Troisdorf b. Köln a. Rhein.

Tübingen (Württ.). Tücht. Korbmacher auf viereckige Wasch- und Reifekörbe, Reparaturen, sucht sofort. (Wochenlohn; Kost und Logis außer Hause.)

Alfred Lehmann Korb- und Spielwarengeschäft.

2 Korbmacher auf Hüben- und Rohlenkörbe stellt sogleich ein

Gottfried Wölle, Bergen a. Nagen.

Zwei junge tüchtige Korbmachergesellen, einen auf Mattarbeit, einen auf Bügelstiepen, sucht sofort oder später

Louis Wiegmann, Elze, Hannover.

4 Korbmacher auf grüne Mattarbeit ge- sucht von

C. Möller, Salzkotten i. Westfalen.

1 Korbmacher auf grüne Mattarbeit, 1 Korbmacher auf Geschlagen sucht

Jakob Krümer Ww., Gms. Reise wird vergütet.

Gesucht 2 Rohrarbeiter.

Jac. Kalinke, Gückstadt.

Gesucht werden 2-3 Korbmachergesellen auf Großgeschlagen.

Friedrich Valentin, Wettin i. S.

Tücht. Korbmacher finden dauernde gute Stelle a. weiß Geschlagen. Reise wird vergütet.

Joh. Schenckbecher, Korbflechtere Nieder-Zenzheim, Kr. Limburg a. Lahn.

2 Korbmacher erhalten auf Rohr- u. Grün- arbeit dauernde Stellung.

H. Walke- meier, Altona (Elbe), Langestr. 32 part.

Tüchtige Gestellarbeiter auf Peddigrohr- möbel finden dauernde und lohnende Be- schäftigung bei

Johs. Kapsch Bremen, Ansgaritorstraße 17.

Suche sofort einen tüchtigen Korbmacher auf grün Gematt. A. Möhler, Korb- machermeister, Lübeck, Fischstraße 8.

5 tüchtige Korbmacher für sofort auf Mattarbeit gesucht. Dauernde Beschäftigung, hohen Affordlohn.

Th. Bornmann, Korbmachermeister Tangermünde.

Tücht. Korbmacher auf Rohrarbeit bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung stellt noch ein

H. Franke, Mürenberg, Sulzbacherstr. 82.

10 tüchtige Korbmacher auf Rohrarbeit. Lohn zum Tarifsaß.

Korbwarenfabrik P. Wicht, Gisleben.

2 tüchtige Korbmacher auf grün Geschlagenes sucht

Flügge, Gr.-Wustertwitz.

Goldber Bürstenmacher findet dauernde Arbeit bei

M. Ehlers, Braun- schweig, Neue Knochenhauerstraße 23.

Ein Vorstanzrichter, der im Zureichten und Mitteln gut bewandert ist, findet dau- ernde Beschäftigung bei hohem Lohn.

Georg Schäfer, Bürstenfabrik Werbau, Sachsen.

Suche per sofort einige tüchtige Mischer und Pecher.

Schweimer Pinselfabrik Alex. Riecke, Schwelm, Westfalen.

Suche sofort tüchtigen Bandflügelweber bei fester Stellung. Hoher Lohn.

Carl A. Neanzel, Handweber in Malsch, Mecklenburg.

Schreiner-Verkauf. Eine flottgehende Schreinererei mit 4 Hobel- bänken samt Werkzeug u. Gebäude, Nähe Karls- ruhe, sofort zu verkaufen. Preis 11 000 Mark.

Offerten unt. J. S. 94 an die Exp. d. Ztg.

Klaviermacherwerkzeuge, preisgefr., fabri- zieren u. halten a. Lager. Meyer & Kube, Berlin 80., Eisenbahnstr. 12. Preisl. z. Dienst.

Umfassendes Fachwissen in der Bau-, Kunst- u. Möbeltischlerei, im Zimmerergewerbe erlangt man durch die Selbstunterrichtsw. System Karnack-Hach- feld. Glänzende Erfolge, Ansichtsendungen. Prosp. u. Anerkennungsschr. gratis u. franko.

Bonness & Hachfeld, Verlag Potsdam-R. 1.

Sür Schreiner! Die Lizenz eines gefehl. gesch. Art. in d. Möbel- branche ist Bezugsweise innerhalb Deutschland zu verlauf. Es bietet sich hier für ein. strebsamen Schreiner. Gelegenb., sich ein. Lohn. Ein. zu ver- schaffen. Off. unt. H. G. 96 an d. Exp. d. Ztg.

Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Gesehliche Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Molster. Neustadt i. Meckl. Städtlich subv. Progr. kostenlos

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik * Hamburg 23 *

Warning! Patent-Verletzung! Nach dem im Deutschen Reich durch das kaiserliche Patentamt ausschließlich mir allein patentierten Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlösllichem Polierpulver (Lackstosspulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht eine sofortige Porenfüllung man erspart Material, Zeit, Arbeit

erzielt: ein glänzendes, weiches, dauerhaftes Holz, das sich leicht polieren lässt, ohne die Poren des Holzes zu verengen, welche die Schönheit des Holzes vermindern.

Vermeidet beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritz- lösliches Polierpulver (Lackstosspulver) anzu- wenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Jahresende zum Versuch ein Korbchen enthaltend:

1 Glasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1 Patent-Politur zum Reinpulieren

1 allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond zum Ausziehen von Kehlleisten usw.

1 allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drehsler-, Bildhauerack)

1 Schleif- und Polieröl, gelblich (No. 1)

1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“

1 Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“

1 Simstein-Polierpulver, hellgelbbraun

1 Tube Inkrustationsmitt (Goldstift), blond, 2- Auslichten schabhafter Holzstellen

1 Stück Korbflügel, 120x76x30 mm zum Ausziehen 8 Mk. franco inkl. Embal- Preis von

der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe:

1 Postloko zum Versuchspolieren a 8 Mk.

Bestellbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, sowie ein Schleifen des Holzes enthält in ausführlicher Weise alle wissenschaftliche Anleitungen über alle Polierarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 180 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Viktor Eneccet-Berlin, Prof. E. Herm. Walbe-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Tech. Gewerbe-Museum), f. l. Staatsgewerbe- schule-Strag, Direktor Jos. Gotsmann-München.

Bei Auftragserteilung wird Preis M. 1.50. der Betrag zurückvergütet.

Wertstattplauderei. Fachzeit- schrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhalten, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Kon- struktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in voll- ständlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

Korbmacher auf Rohrkörbe jeder Art - Lohn zum Tariffaße - und auf Geschloßkörbe werden gesucht.

Gebr. Wolff, Bernburg.

Der Innenausbau

Illustrierte Deutscher Gewerbe-Vergl. g. m. b. H. Dr. Jaenicke & Co., Berlin W. 9, Potsdamerstr. 125

Anerkannt beste, von fachkundigster Seite heraus- gegebene praktische Fachzeitschrift für alle Zweige der holzverarbeitenden Gewerbe: Probenummern gratis und franko: Preis vierteljährlich für 13 reich illu- strierte Nummern Mk. 2.-

Verlag von Karl Röß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.